

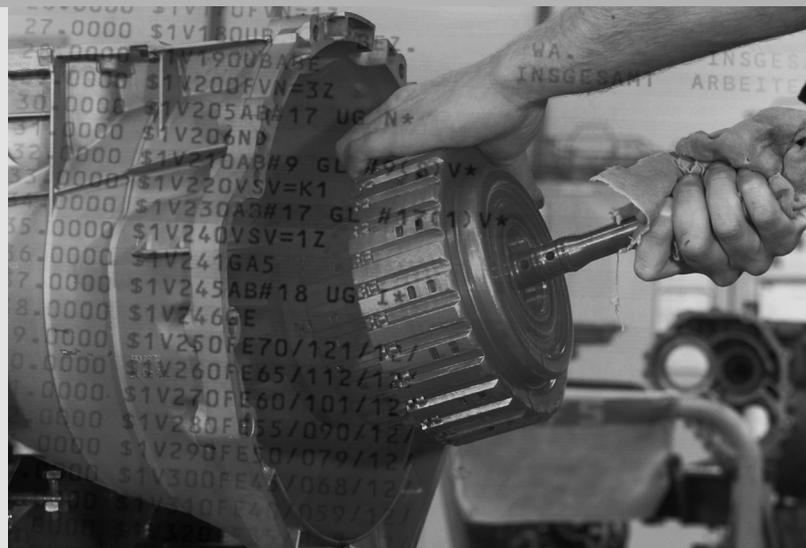
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2023

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2023

Herausgeber:

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes für Wirtschaft und Kultur der Landeshauptstadt Stuttgart

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711/641-0
Fax: 0711/641-2440
E-Mail: poststelle@stala.bwl.de
Internet: www.statistik-bw.de

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im August 2023

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022/Februar 2023.

Grundsätzlich wird angestrebt, die sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter in Form von geschlechtergerechten Formulierungen umzusetzen. Für feststehende Fachbegriffe ohne gendergerechte, sinngetreue und zugleich lesefreundliche Alternative wird in dieser Veröffentlichung die Paarform verwendet, die jedoch ausdrücklich alle Geschlechter einschließt.

Preis: Kostenfrei unter www.statistikportal.de und www.vgrdl.de
als Druckexemplar 6 EUR (Schutzgebühr)

Weitere fachliche Informationen zu den VGR der Länder erhalten Sie auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.vgrdl.de.

ISSN 1868-8101

Fotorechte (Cover):

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2023
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.

Vorwort

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder sowie die kreisfreien Städte und Landkreise zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt für Wirtschaft und Kultur der Landeshauptstadt Stuttgart als Vertreter des Deutschen Städtetags an. Vorsitz und Federführung des AK VGRdL obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse der regionalen VGR liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wichtige Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen VGR nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der AK VGRdL in Form von gezippten Excel-Dateien auf dem Statistikportal der Statistischen Ämter von Bund und Ländern unter www.vgrdl.de im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des AK VGRdL gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Stuttgart, im August 2023

Vorsitzende des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen der Länder“

Dr. Anke Rigbers
Präsidentin des Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg

Vorwort	3
Zeichenerklärung	5
Heftmitte: Verwaltungsgliederung Deutschland 2023	
Information zu den Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	6
Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	7
Rückblick	8
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	10
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland	11
Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	13
Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	14
Bruttoinlandsprodukt 2022 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)	17
Bruttoinlandsprodukt	18
Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person (Arbeitsproduktivität) 2022 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	19
Bruttowertschöpfung	20
Bruttowertschöpfung 2022 nach Bundesländern (Karte)	21
Arbeitnehmerentgelt	22
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2022 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	23
Bruttoanlageinvestitionen	24
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) 2020 nach Bundesländern (Karte) ..	25
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	26
Verfügbares Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner 2021 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	27
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	28
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte 2021 nach Bundesländern (Karte)	29
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2022/2023 ..	30
Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	33
Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008	35

Abkürzungsverzeichnis	36
Tabellenanhang	37
1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern	38
2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	40
3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern	42
4. Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) seit 1991 nach Bundesländern	44
5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern	46
6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern	48
7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern	50
8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	52
9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern	54
10. Verfügbares Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	56
11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	58
12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	60
13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	62
14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	64

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

0 = Zahl ungleich Null, jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle

. = Zahl unbekannt oder geheim zu halten

... = Angabe fällt später an

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Information zur Revision 2019 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Im Jahr 2019 fand in Deutschland – wie in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union – eine umfassende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) einschließlich der Erwerbstätigenrechnung (ETR) statt. Die revidierten Ergebnisse der nationalen VGR wurden vom Statistischen Bundesamt erstmals am 14. August 2019 mit Angaben für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt und am 27. August 2019 mit einer detaillierten Gliederung der Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Im Ergebnis ist das nominale BIP in Deutschland nach der Generalrevision 2019 im Durchschnitt etwas niedriger. Der Verlauf des preisbereinigten BIP bzw. die konjunkturelle Entwicklung sind weitgehend unverändert geblieben.

Erste, noch vorläufige Ergebnisse zur Revision 2019 der VGR auf Länderebene wurden mit der Halbjahresrechnung des BIP 2019 am 24. September 2019 vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ veröffentlicht. Berechnet wurde das Wirtschaftswachstum der Länder für das erste Halbjahr 2019 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Am 30. März 2020 folgten die revidierten Länderergebnisse zum BIP bzw. zur BWS sowie zum Arbeitnehmerentgelt (ANE) und zu den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG) sowohl für die Berichtsjahre am aktuellen Rand bis 2019, als auch für die Rückrechnungsergebnisse für den Zeitraum bis 1991 zurück.

VGR-Generalrevision 2019

In den VGR einschließlich der ETR werden etwa alle fünf Jahre die Berechnungen und damit die Ergebnisse in sogenannten Generalrevisionen überarbeitet, wie zuletzt 2014 zur EU-weiten Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Im Zuge der Generalrevisionen sollen insbesondere neue, international vereinbarte Konzepte, Definitionen und Klassifikationen eingeführt sowie methodische Verbesserungen und, soweit verfügbar, neue Datengrundlagen eingearbeitet werden, um neue ökonomische Sachverhalte adäquat und vergleichbar abbilden zu können.

Im Rahmen der VGR-Revision 2019 gab es keine maßgeblichen konzeptionellen Änderungen, vielmehr wurden insbesondere neue Datenquellen, geänderte Bezugs- und Basisdaten und Berechnungsmethoden berücksichtigt. Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden und den Datennutzern weiterhin methodisch konsistente Zeitreihen zur Verfügung zu stellen, wurden die Ergebnisse bis 1991 zurück neu berechnet. Die Daten von 1991 bis 2007 wurden dabei mittels mathematischer Rückrechnungsverfahren ermittelt und die Ergebnisse ab 2008 bis 2017 „originär“ sowie der aktuelle Rand (2018 bis 2019) mittels „Fortschreibung“¹ berechnet. Die nächste VGR-Generalrevision findet, EU-weit harmonisiert, voraussichtlich 2024 statt.

Die quantitativen Revisionseffekte auf das BIP fielen gering aus. Das BIP in jeweiligen Preisen erfuhr im Zuge der Revision exemplarisch für das Berichtsjahr 2016 auf Bundes-

ebene eine Absenkung des Niveaus um 0,8 %. Und auch auf Länderebene sind die Revisionsdifferenzen für das BIP 2016 in jeweiligen Preisen mit einer Schwankungsbreite von –2,1 % bis +0,5 % relativ moderat.

Von der Änderung der Bezugs- und Basisdaten im Rahmen der Revision waren vor allem das ANE und die Erwerbstätigen (ET) betroffen. So wurde bei der Berechnung des ANE auf Länderebene größtenteils die Datenquelle für die Durchschnittsverdienste geändert. Ab Revision 2019 werden diese im Wesentlichen aus einer Kombination der Angaben aus der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), der Verdienststrukturerhebung und der Arbeitskostenerhebung ermittelt. Vor der Generalrevision 2019 wurden als Quelle für die Durchschnittsverdienste vor allem die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung genutzt.

Darüber hinaus haben auch die geänderten Bezugswerte durch die Revision in der regionalen ETR Auswirkungen auf die ANE-Berechnung. So wird seit dieser Generalrevision in der regionalen ETR das Statistische Unternehmensregister (URS) als Quelle für das Merkmal „Wirtschaftszweig“ (WZ) der erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN) genutzt. Vor der Verwendung des URS kamen die Angaben zum Wirtschaftszweig aus verschiedenen Quellen, was teilweise eine Über- oder Untererfassung von ET mit sich brachte. Durch den Bezug dieses wichtigen Merkmals aus einer Datenquelle wird eine höhere Konsistenz erzielt, Doppel- und Untererfassungen werden minimiert. Gleichzeitig wird die Kohärenz mit der regionalen VGR erhöht, die in aller Regel den WZ des URS verwendet.

Zudem wurden im Rahmen der Revision 2019 die preisbereinigten Ergebnisse auf das neue Referenzjahr 2015 umgestellt. Dies hat auf die Veränderungsdaten der VGR-Ergebnisse jedoch keine Auswirkungen, da in den VGR die Berechnungen der preisbereinigten Größen seit der Revision 2005 auf den Preisen des jeweiligen Vorjahres beruhen und nicht auf den Preisen eines festen Basisjahres.

Informationen zur Generalrevision 2019 der regionalen ETR finden Sie auf den Internetseiten des Arbeitskreises unter <http://www.statistikportal.de/de/etr/generalrevision-2019>.

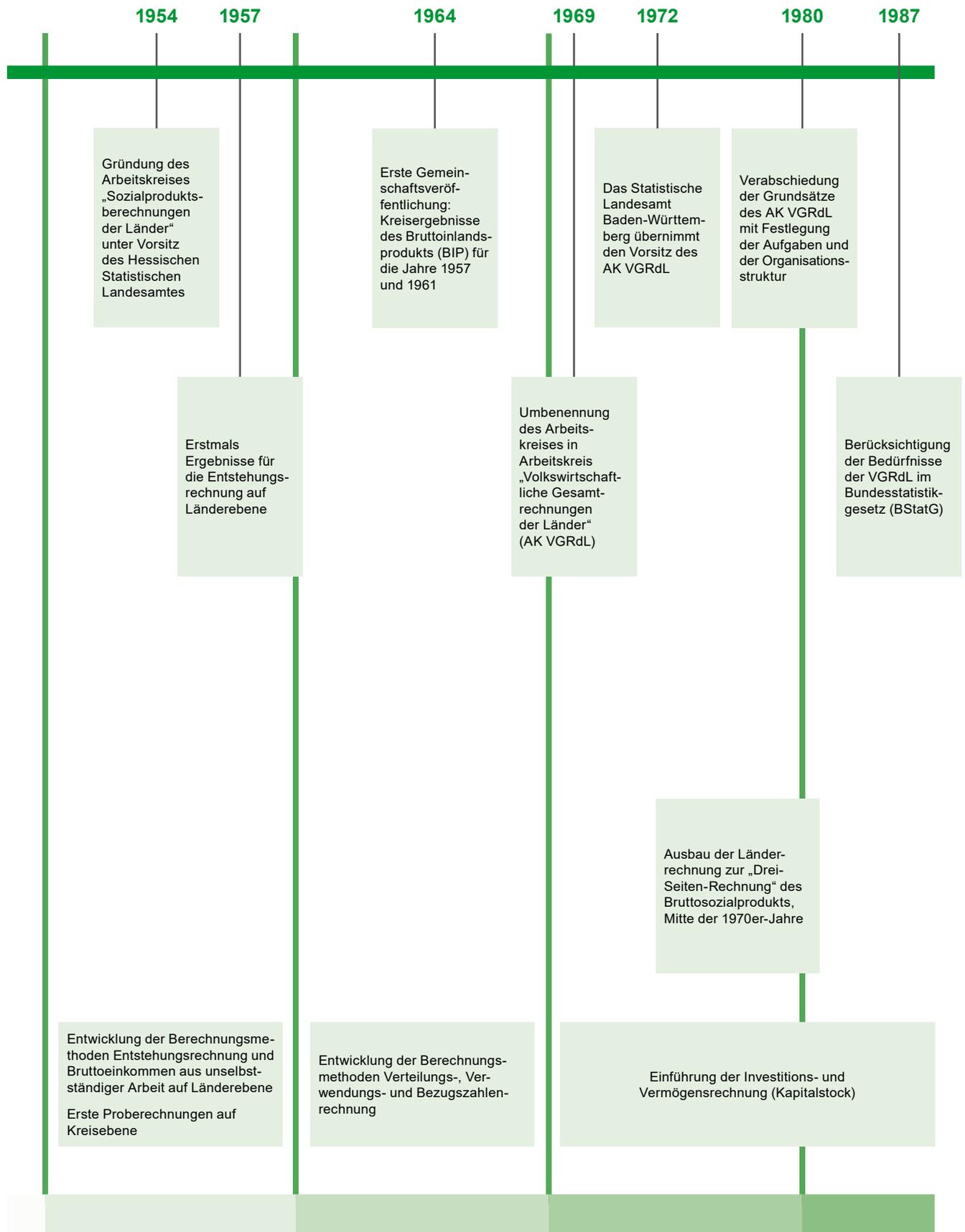
Weitere Informationen zur Generalrevision 2019 auf Bundesebene finden Sie auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/AnkuendigungRevision2019.htm>.

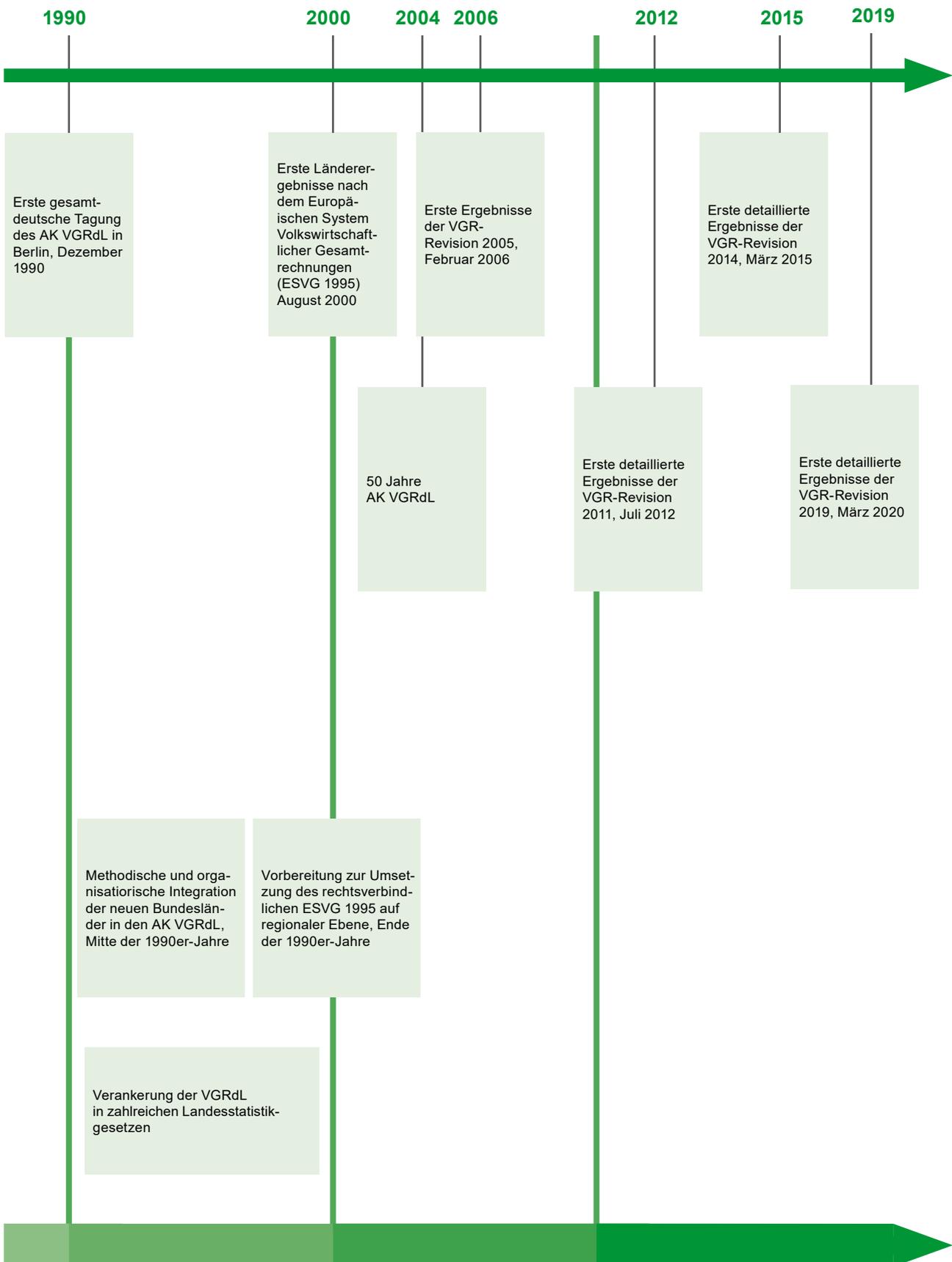
¹ Die in den regionalen VGR verwendeten Basisstatistiken weisen naturgemäß unterschiedliche Zeitabstände zwischen der Datenverfügbarkeit und dem Berichtszeitpunkt auf. Solange die für die Berechnung einer bestimmten VGR-Größe erforderlichen Basisstatistiken noch nicht vorliegen, wird für diese Größe für eine zeitnahe Ergebniserstellung mithilfe kurzfristiger, geeigneter Indikatoren auf Basis sogenannter Fortschreibungsverfahren ein vorläufiges Ergebnis ermittelt. Liegt die Ausgangsstatistik für die entsprechende Berichtsperiode vor, werden die endgültigen Ergebnisse in sogenannten Originärberechnungen mit einbezogen.

Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Land	Koordinierungsaufgaben	WZ 2008
Baden-Württemberg	Federführung BWS Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Anlagevermögen, Abschreibungen Maschinelle Aufbereitung sämtlicher VGR-Daten Methodendokumentation Gemeinschaftsveröffentlichungen	A A – T
Bayern	Fortschreibungen Bruttoinlandsprodukt (BIP), Bruttowertschöpfung (BWS) Sekundäre Einkommensverteilung	A – T
Berlin und Brandenburg	Arbeitnehmerentgelt (ANE, Inlandskonzept) BWS Private Haushalte mit Hauspersonal Restposten	A – T (ohne O) T
Bremen	BWS Verkehr und Lagerei BWS Information und Kommunikation	H J
Hessen	Subventionen BWS Finanz- und Versicherungsdienstleister	A – T K
Mecklenburg-Vorpommern	Primäre Einkommensverteilung	
Niedersachsen	Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	
Nordrhein-Westfalen	Bruttoanlageinvestitionen BWS Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden BWS Verarbeitendes Gewerbe BWS Energieversorgung BWS Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	A – T B C D E
Rheinland-Pfalz	BWS Baugewerbe BWS Grundstücks- und Wohnungswesen	F L
Saarland	Produktions- und Importabgaben	A – T
Sachsen	BWS Gastgewerbe BWS Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister BWS Sonstige Unternehmensdienstleister BWS Erziehung und Unterricht BWS Gesundheits- und Sozialwesen	I M N P Q
Sachsen-Anhalt	Konsumausgaben der privaten Haushalte	
Hamburg und Schleswig-Holstein	BWS Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen BWS, ANE Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung Konsumausgaben des Staates	G O
Thüringen	BWS Kunst, Unterhaltung und Erholung BWS Sonstige Dienstleister anderweitig nicht genannt Bezugszahlen: Bevölkerung	R S

Rückblick





Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Bayern



Berlin

und



Brandenburg



Bremen



Hamburg

und



Schleswig-Holstein



Hessen



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt

Gast:



Europäische Kommission

Eurostat

Statistisches Amt der Europäischen Union



vertreten durch: Landeshauptstadt Stuttgart –
Statistisches Amt Wirtschaft und Kultur

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Länder und Kreise der Bundesrepublik Deutschland werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. In beratender Funktion sind das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt für Wirtschaft und Kultur der Landeshauptstadt Stuttgart als Vertretung des Deutschen Städtetages ständige Mitglieder sowie als Gast das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat). Das federführende Statistische Landesamt Baden-Württemberg vertritt den Arbeitskreis nach außen.

Aufgaben und Ziele

Der AK VGRdL hat die Aufgabe, die Aggregate der regionalen VGR nach den konzeptionellen Grundlagen, Methoden und Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) zu berechnen, zu veröffentlichen und die fristgerechte Lieferverpflichtung von Regionalergebnissen an Eurostat zu erfüllen.

Die Durchführung der regionalen VGR nach den Grundsätzen und konzeptionellen Grundlagen des ESGV sichert die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Regionalergebnisse in Deutschland sind immer auf die nationalen Ergebnisse abgestimmt. Die regionalen VGR liefern Ergebnisse für Bundesländer und alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland.

Regionale Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In den regionalen VGR in Deutschland steht die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Mittelpunkt. Anders als in den nationalen VGR kann aufgrund von Einschränkungen und Lücken der statistischen Basis und damit der Möglichkeiten zur Regionalisierung von Aggregaten der VGR in den Regionalrechnungen kein vollständiger Wirtschaftskreislauf und kein geschlossenes Kontensystem sowie kein Nachweis für alle Sektoren der Volkswirtschaft erstellt werden. Somit konzentrieren sich die regionalen VGR in Umfang und Gliederungstiefe auf einen für Regionen signifikanten Kern von Aggregaten.

Wichtige Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsaggregate, die im Rahmen der regionalen VGR dargestellt werden, enthält die Grafik auf Seite 13.

Berechnungsmethoden

Die Größen der regionalen VGR in Deutschland werden ausgehend von den Ergebnissen der nationalen VGR berechnet. Damit unterscheiden sich die VGR grundsätzlich von der Erhebung einzelner Tatbestände in den Fachstatistiken. Hier werden die Ergebnisse in der Regel von der kleinsten regionalen Ebene zur nächst höheren Ebene zusammengeführt. In den regionalen VGR verläuft die Berechnung genau umgekehrt. Das bedeutet, dass zuerst vom Statistischen Bundesamt ermittelte nationale Ergebnisse für Deutschland vorliegen, die im Anschluss zunächst auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Die Länderergebnisse bilden wiederum die Ausgangswerte für die weitere regionale Verteilung auf die Kreise.

Regionalisierungsverfahren

Zur Regionalisierung sieht das ESGV 2010 zwei Methoden vor, die Bottom-Up-Methode und die Top-Down-Methode. Die Wahl der Methode ist abhängig von der Verfügbarkeit regionalspezifischer statistischer Ausgangsgrößen.

Bei der Bottom-Up-Methode werden die vorliegenden regionalspezifischen Basisstatistiken zur Berechnung herangezogen und sozusagen „von unten nach oben“ zusammengeführt. Dabei ergibt die Summe der so berechneten regionalen Ergebnisse zunächst einen Wert, dessen Abweichung vom nationalen Ergebnis noch über Koordinierung proportional auf die regionalen Ausgangswerte aufgeteilt wird.

Bei der Top-Down-Methode wird genau andersherum vorgegangen. Die nationalen Gesamtgrößen werden in Ermangelung regionalspezifischer Ausgangsgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt. Die Verteilung erfolgt anhand von Schlüsselgrößen, die in möglichst engem Zusammenhang zu den zu berechnenden Aggregaten stehen und sie so genau wie möglich widerspiegeln. Im Ergebnis bildet bei jeder Methode die Summe der regionalen Werte das nationale Ergebnis.

Berechnungszeiträume

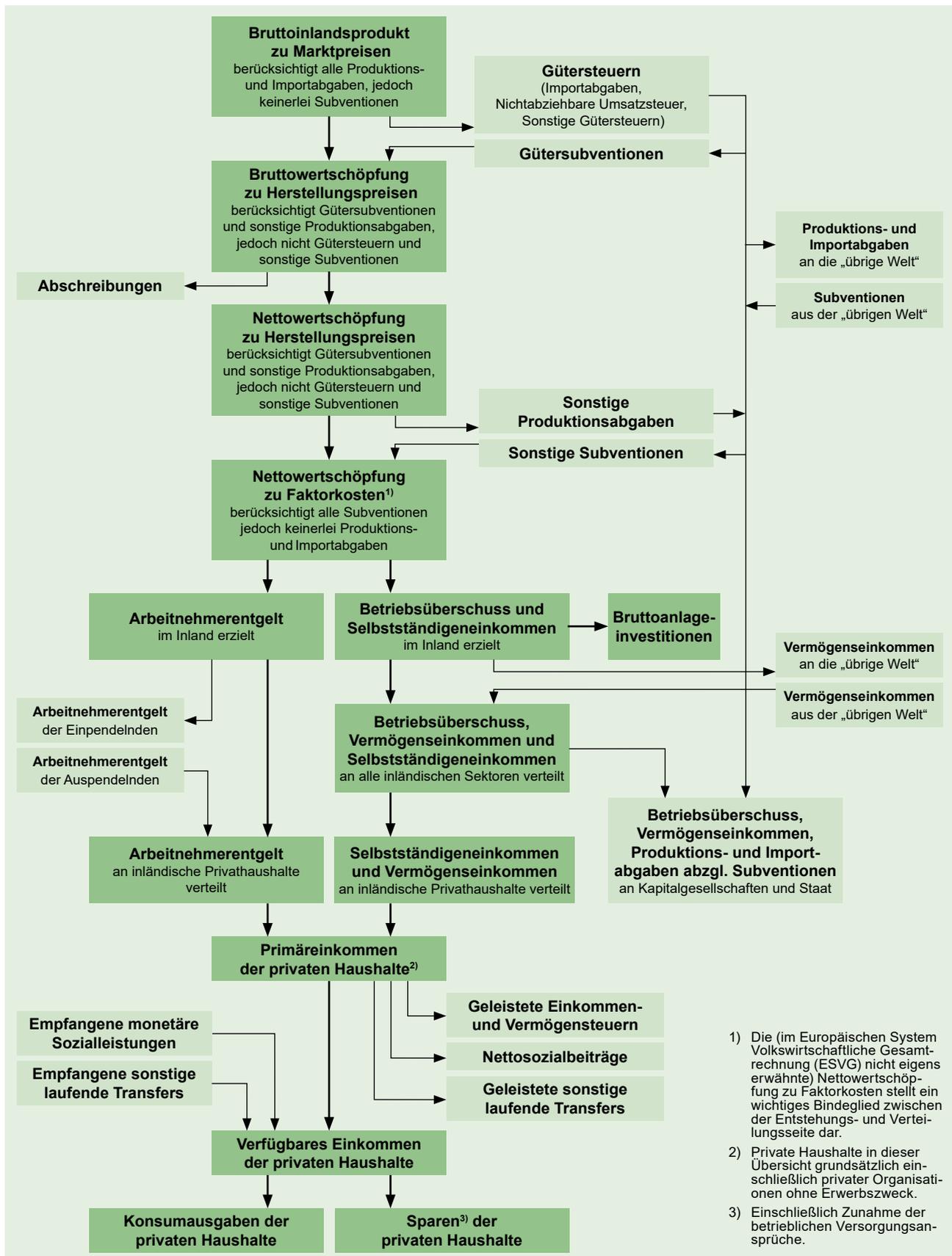
Für eine zeitnahe Ergebniserstellung finden in den VGR vielfach Fortschreibungsverfahren Verwendung, da eine Vielzahl statistischer Ausgangsgrößen aus Datenquellen stammt, die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst später sukzessive zur Verfügung stehen. Bei diesen Verfahren werden die vorliegenden Werte von VGR-Aggregaten mittels geeigneter Indikatoren, die die Entwicklung des jeweiligen Aggregats ähnlich genau widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Me-

thode wird vor allem bei der Berechnung des BIP und des Arbeitnehmerentgelts angewendet, an deren zeitnahen Ergebnissen ein sehr starkes Interesse von Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit besteht.

Die VGR-Aggregate werden – sobald weitere, vollständigere und präzisere Datenquellen vorliegen – in mehreren Schritten neu berechnet, zuletzt in sogenannten Originärberechnungen.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Überarbeitungen aufgrund der Vervollständigung der Ausgangsinformationen in den laufenden Berechnungen werden sogenannte große Revisionen in der Regel in fünfjährigem Abstand – zuletzt 2019 – durchgeführt. Sie dienen dazu, einen mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarf umzusetzen, neue Konzepte und gegebenenfalls neue Klassifikationen einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren sowie neue Datenquellen und Ergebnisse von Großzählungen einzubeziehen.

Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region für eine abgelaufene Periode zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den VGR finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die BWS ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das BIP. Die preisbereinigte Veränderung des BIP gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum bzw. die Wirtschaftsentwicklung.

Ergebnisse der regionalen VGR bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das BIP je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) auf der Ebene „NUTS 2“ (entspricht in Deutschland in der Regel der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es unter anderem das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1- bzw. Ziel-„Konvergenz“-Gebiete (das heißt Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das BIP stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft z. B.:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (BIP je erwerbstätige Person (ET) bzw. je geleistete Arbeitsstunde der ET),
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des BIP,
- Informations- und Kommunikationstechnologieausgaben in Prozent des BIP.

Datennutzende im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur Einschätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung

der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das BIP bzw. die BWS (in jeweiligen Preisen) je ET oder je geleistete Erwerbstätigenstunde ein wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. Anhand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen zum Prozess der Angleichung Ost- an Westdeutschland treffen.

Auf der Basis von Kreisergebnissen zur BWS kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur von Regionen eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am BIP je ET der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen z. B. bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum BIP und zur BWS stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist ein anderer Bestandteil der regionalen VGR und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind das nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE) sowie der Betriebsüberschuss bzw. das Selbstständigeneinkommen. Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des ANE sind, im Rahmen der Ermittlung der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum ANE werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regionalen Lohnkosten (ANE je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer (AN) bzw. je geleistete Arbeitsstunde der AN) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen zum Prozess der Angleichung Ost- an Westdeutschland getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten

(Lohnkosten/Arbeitsproduktivität [BIP bzw. BWS {in jeweiligen Preisen} je ET bzw. je geleistete Arbeitsstunde der ET]) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und/oder Wirtschaftsbe- reichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen VGR und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur BWS liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen (Länder- und Kreisebene). Die Ergebnisse zum verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren z. B. Aussagen zum Prozess der Angleichung Ost- an Westdeutschland. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen z. B. die Vertreterinnen und Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerkerinnen und Handwerker, Vermieterinnen und Vermieter sowie Konsumgüterproduzierende ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und Verkaufskontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausrichten.

Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiterer Baustein der regionalen VGR weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die

Bruttoanlageinvestitionen, die Privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in den die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wert- sachen sowie der Außenbeitrag einfließen. Die Summe der Verwendungsaggregate ergibt das BIP.

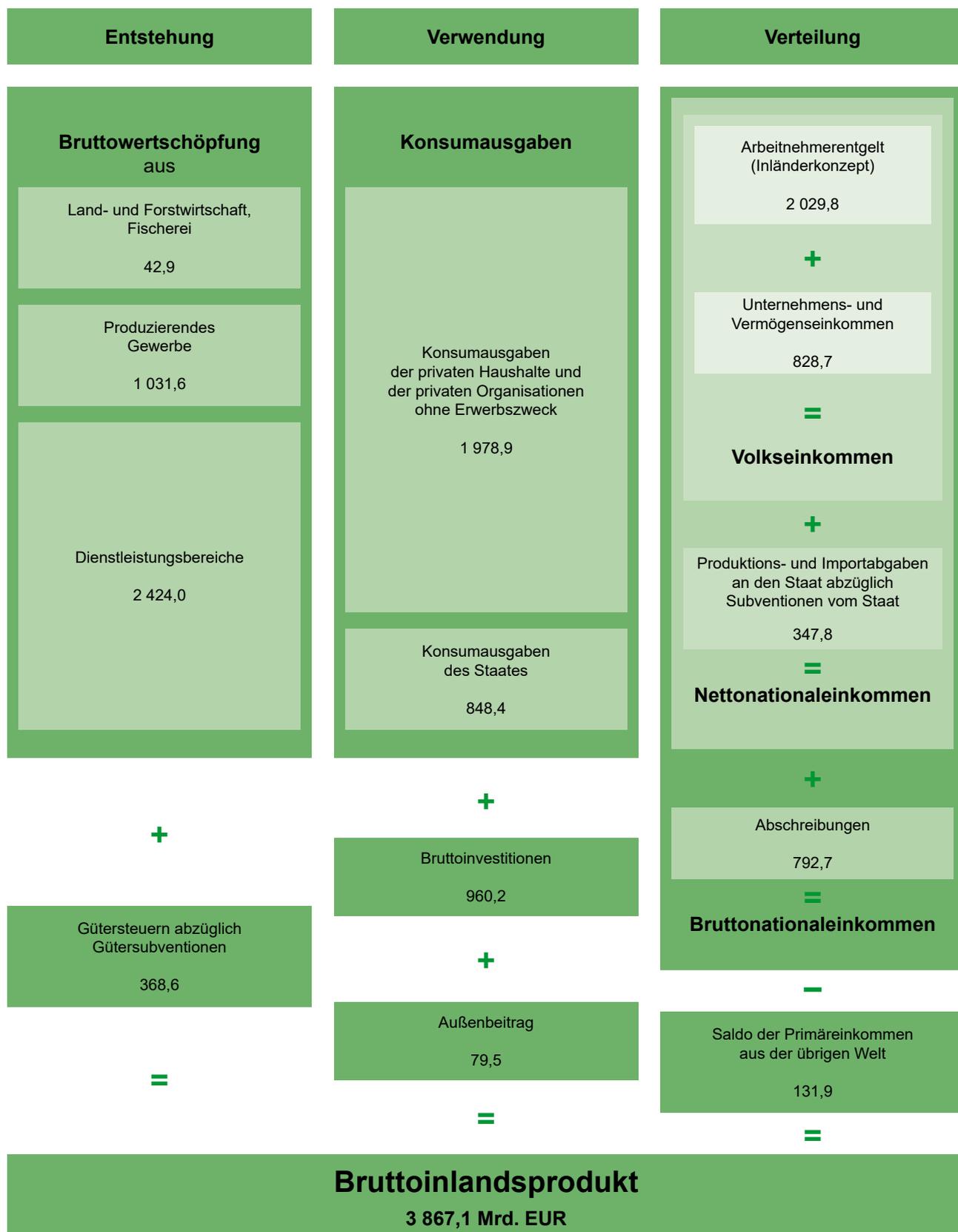
Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen [in jeweiligen Preisen] am BIP in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das BIP auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der Privaten Konsumausgaben auf Länderebene ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige Private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und -verschuldung gefordert.

Eine weitere Komponente der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der VGR dieser Saldo zwischen den Ex- und Importen nur auf der nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die VGR der Länder ein offenes Kreislaufsystem. Der Außenbeitrag ist in der Länderrechnung im Restposten enthalten.

Bruttoinlandsprodukt 2022 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand: Februar 2023.

Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird zunächst die Wertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des BIP heranzuziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010, das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) aller EU-Mitgliedstaaten vorgibt, empfiehlt für die regionalen VGR eine Pauschalverteilung dieses Saldos. Pauschal bedeutet, dass der von der nationalen VGR für Deutschland insgesamt ermittelte Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur regionalen Bruttowertschöpfung (BWS) auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind, wie z. B. die Mehrwertsteuer, Importabgaben, die Tabak- und Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder importierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden, wie z. B. Importsubventionen. Nach dem neuen ESVG 2010 werden – als quantitativ bedeutendste Änderung – die Leistungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Investitionen verbucht.

Das BIP kann in jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte BIP für 2022 in Preisen des Jahres 2021, bzw. für 2021 in Preisen des Jahres 2020 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der

Einzelergebnisse (zu Vorjahrespreisen) werden langfristige Vergleiche der preisbereinigten Werte möglich, wie beispielsweise des preisbereinigten BIP als Vergleichsgröße, um die Entwicklung der mengenmäßigen Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

Das BIP ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten BIP zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander werden dagegen generell nominale Größen verwendet.

Das BIP bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen (ET) gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Im Hinblick auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung ist jedoch der Bezug auf das Arbeitsvolumen, das heißt auf die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller ET, das zutreffendere Produktivitätsmaß. Wirtschaftsbereiche bzw. Regionen mit einem höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigten werden bei einem Bezug ihrer Wirtschaftsleistung auf die Zahl der ET unproduktiver dargestellt als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“, dem unter anderem die Berechnung der regionalen Erwerbstätigkeit obliegt, berechnet zusätzlich das „Arbeitsvolumen“ nach Wirtschaftsbereichen. Somit kann die aussagefähigere Produktivitätskennziffer BIP je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das BIP nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur.

Im europäischen und internationalen Vergleich ist es zudem üblich, zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und somit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einzelner Regionen deren BIP bezogen auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner (EW) heranzuziehen.

Das BIP ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten der EU das öffentliche Defizit 3 % des BIP nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des BIP erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder aus dem EU-Strukturfondsprogramm für die benachteiligten Regionen Europas nach dem auf die jeweilige Einwohnerzahl bezogenen BIP.

Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

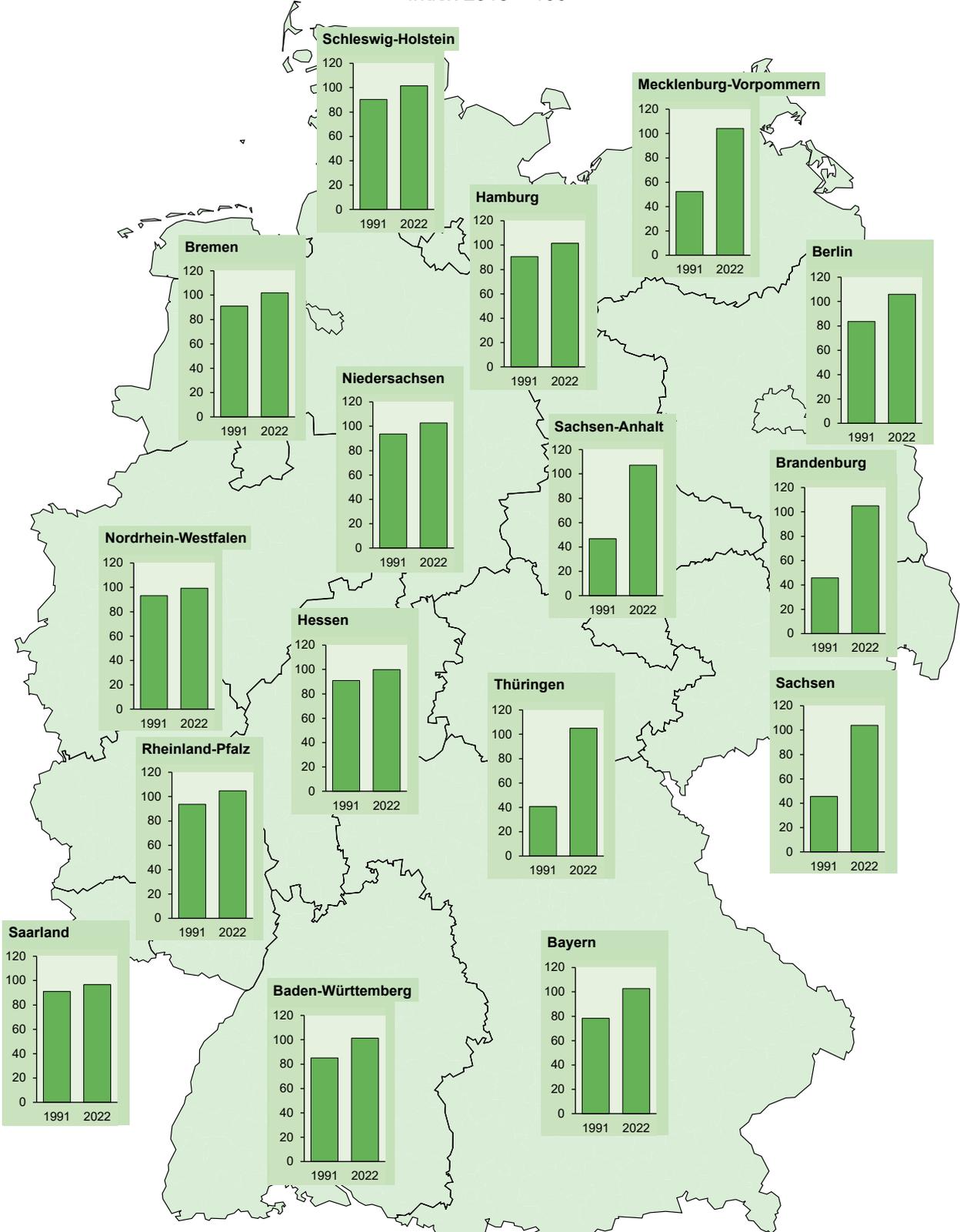
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

+ Gütersteuern

– Gütersubventionen

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

Bruttoinlandsprodukt*) je erwerbstätige Person (Arbeitsproduktivität) 2022 gegenüber 1991 nach Bundesländern Index 2015 = 100



*) preisbereinigt, verkettet

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die BWS gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der VGR sind unentgeltliche Tätigkeiten wie z. B. Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die BWS (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die BWS nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die BWS durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie z. B. Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den VGR auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen} \\ - \quad \text{Vorleistungen} \\ \hline = \quad \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen} \end{array}$$

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird. Zusätzlich werden die „unterstellten Bankgebühren“ als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ berücksichtigt und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt für Produktionswert und Vorleistungen aufgeteilt. Eine weitere Größe, die zusätzlich zur BWS beiträgt, sind selbsterstellte und erworbene Leistungen für Forschung und Entwicklung, ebenfalls ermittelt nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren.

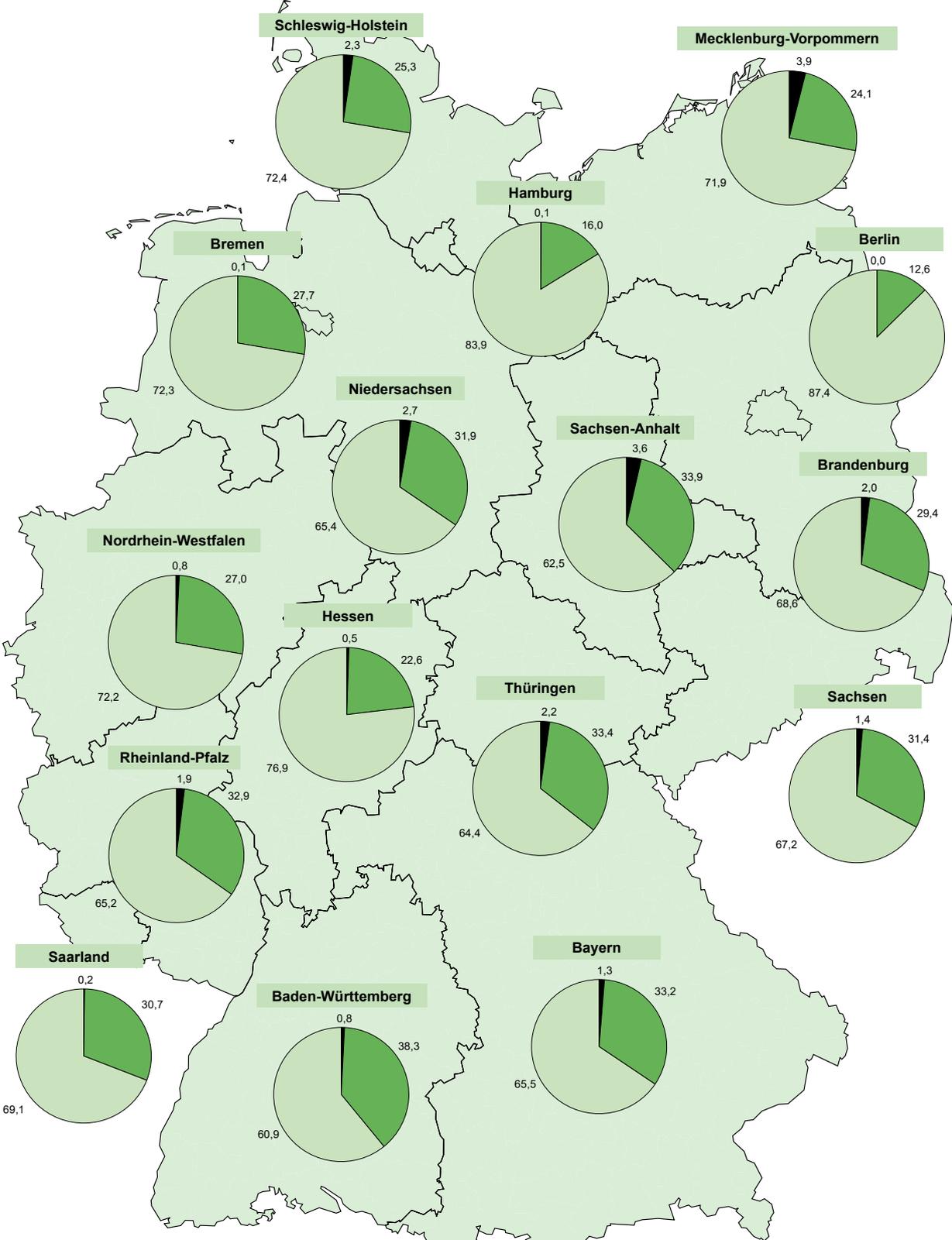
Die so berechnete BWS von Unternehmen ergibt aufsummiert die BWS der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der BWS der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Damit wird die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Die BWS ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (BWS je erwerbstätige Person) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 2000 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die BWS je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen BWS steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

Bruttowertschöpfung*) 2022 nach Bundesländern

Anteil der Wirtschaftsbereiche in % Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Produzierendes Gewerbe Dienstleistungsbereiche



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Gratik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt (ANE) umfasst Bruttolöhne und -gehälter (BLG) sowie tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (AG). Nicht dazu zählt das Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen. Erfasst werden sämtliche Geld- und Sachleistungen, die der AG für die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (AN) aufwendet. Das ANE stellt also nicht nur eine Einkommensgröße der AN dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet. Das ANE wird sowohl als geleistetes Arbeitnehmerentgelt (Arbeitsortprinzip), als auch als empfangenes Arbeitnehmerentgelt (Wohnortprinzip) nachgewiesen. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der ANE der Pendlerinnen und Pendler, also der AN, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

Mithilfe des Einkommensaggregats ANE können weitere gesamtwirtschaftliche Größen wie die Lohnquote oder die Lohnstückkosten berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Wohnortprinzip) am Volkseinkommen. Die Lohnstückkosten sind die Lohnkosten (ANE je AN bzw. je Arbeitnehmerstunde) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person (ET) bzw. je Erwerbstätigenstunde).

Weiterhin ist die Entwicklung der Durchschnittsverdienste (ANE bzw. BLG je AN) ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. Beispielsweise geht die Entwicklung der BLG als Grundlage der jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland in die Rentenformel ein.

Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Bruttolöhne und -gehälter} \\ + \quad \text{Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen} \\ \quad \quad \text{und Arbeitgeber} \\ \hline = \quad \text{Arbeitnehmerentgelt} \end{array}$$

Die Berechnung des ANE sowie der BLG in Bundesländern und Kreisen ermöglicht den regionalen Vergleich von Einkommensgrößen hinsichtlich ihres Niveaus, der Struktur und Entwicklung.

Die BLG umfassen alle Löhne und Gehälter vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der AN, die den

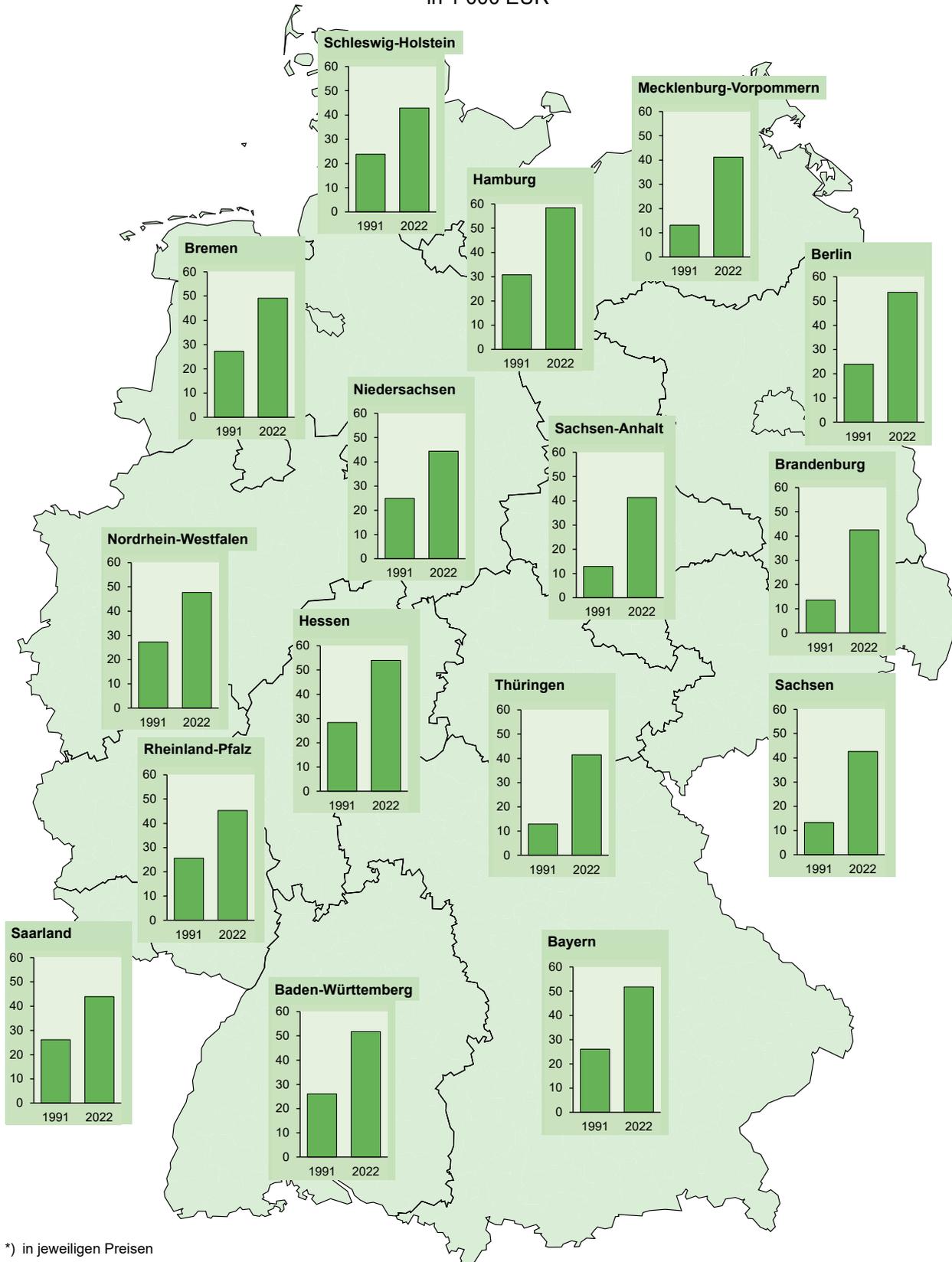
AN aus ihren Arbeits- und Dienstverhältnissen zufließen. Einbezogen wird eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile (z. B. Erschwerniszulagen oder Familien- und Kinderzuschläge). Dazu gehören weiterhin Vergütungen der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter und Vergütungen für den Mehraufwand von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten. Enthalten sind auch Naturalvergütungen, die als geldwerter Vorteil gemessen werden, der dem AN durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den AG entsteht. Auch Lohnfortzahlungen für ausgefallene Arbeitszeit (u. a. Feiertage, Urlaub) und Jahressonderzahlungen sind eingeschlossen. Hinzugerechnet werden außerdem BLG aus nebenberuflichen Beschäftigungsverhältnissen bzw. geringfügigen abhängigen Tätigkeiten.

Die Sozialbeiträge der AG schließen die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung ein, außerdem vertraglich vereinbarte oder freiwillig vom AG übernommene sowie unterstellte Sozialbeiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und weiterer Beihilfen und Unterstützungen für gegenwärtig oder früher beschäftigte AN.

Das ANE bzw. die BLG werden auf Grundlage der jahresdurchschnittlichen Anzahl der AN, der entsprechenden Durchschnittsverdienste in den Wirtschaftszweigen und weiterer Daten zu den Sozialbeiträgen berechnet. Dabei wird nach Arbeitnehmergruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte und marginal Beschäftigte) differenziert. Dadurch werden die deutlich kürzeren Arbeitszeiten und geringeren Durchschnittsverdienste von ausschließlich geringfügig Beschäftigten berücksichtigt.

Zu den AN zählt, wer als Arbeiterin bzw. Arbeiter, Angestellte bzw. Angestellter, Beamtin bzw. Beamter, RichterIn bzw. Richter, Soldatin bzw. Soldat, Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildende bzw. Auszubildender, Praktikantin bzw. Praktikant oder Volontärin bzw. Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter. Dabei ist die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit unerheblich, sodass auch marginal Beschäftigte dazu gehören. Das sind Personen, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als erwerbstätig gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland hauptsächlich ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

**Arbeitnehmerentgelt*) je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer (Lohnkosten)
2022 gegenüber 1991 nach Bundesländern**
in 1 000 EUR



*) in jeweiligen Preisen

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen (BAI) sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen bilden sie die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Entwicklung der BAI hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern und Regionen, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der BAI zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der BAI am BIP. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der BAI von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die BAI umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen (Saldo). Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen.

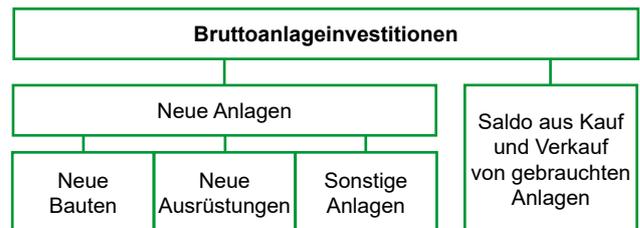
Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter.

Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie beispielsweise Straßen, Brücken, Tunnel, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze oder Parks.

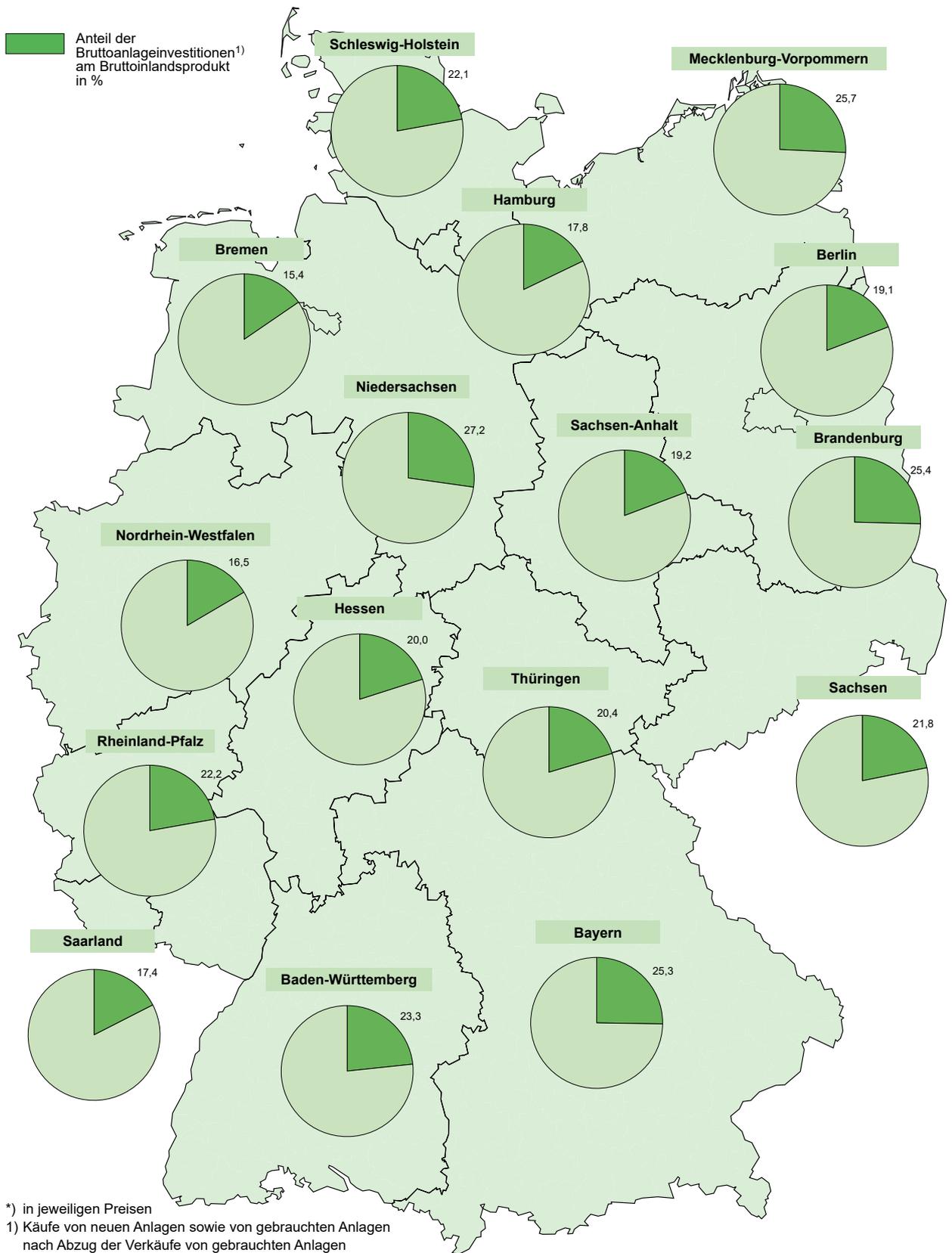
Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in geistiges Eigentum (Computersoftware und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Urheberrechte, Suchbohrungen) sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der BAI in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den BAI liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzen sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bautätigkeitsstatistik verwendet.

Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt*) (Investitionsquote) 2020 nach Bundesländern



*) in jeweiligen Preisen

1) Käufe von neuen Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus dem empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen (1) aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt (ANE), (2) den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und (3) dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das ANE schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN) sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (AG) alle Zulagen mit ein, wie z. B. Akkord- und Schichtzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt und Urlaubsgeld. Beim Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit ist zu beachten, dass darunter auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum (auch bei Nicht-Selbstständigen) ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung gefasst wird.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z. B. die Kfz-Steuer), weiterhin die Sozialbeiträge der AG, der AN, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der VGR aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (z. B. im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers. Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch

die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie auch seit dem Jahr 2005 die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers z. B. auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen derzeit nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) herangezogen. Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen zwischen Regionen und Kalenderjahren spiegeln dabei das Zusammenwirken vieler unterschiedlicher Faktoren wider. Dazu gehören wirtschaftliche und soziale Entwicklungen ebenso wie demografische Effekte (z.B. Verschiebungen zwischen den Anteilen der Personen vor, in und nach der Erwerbsphase).

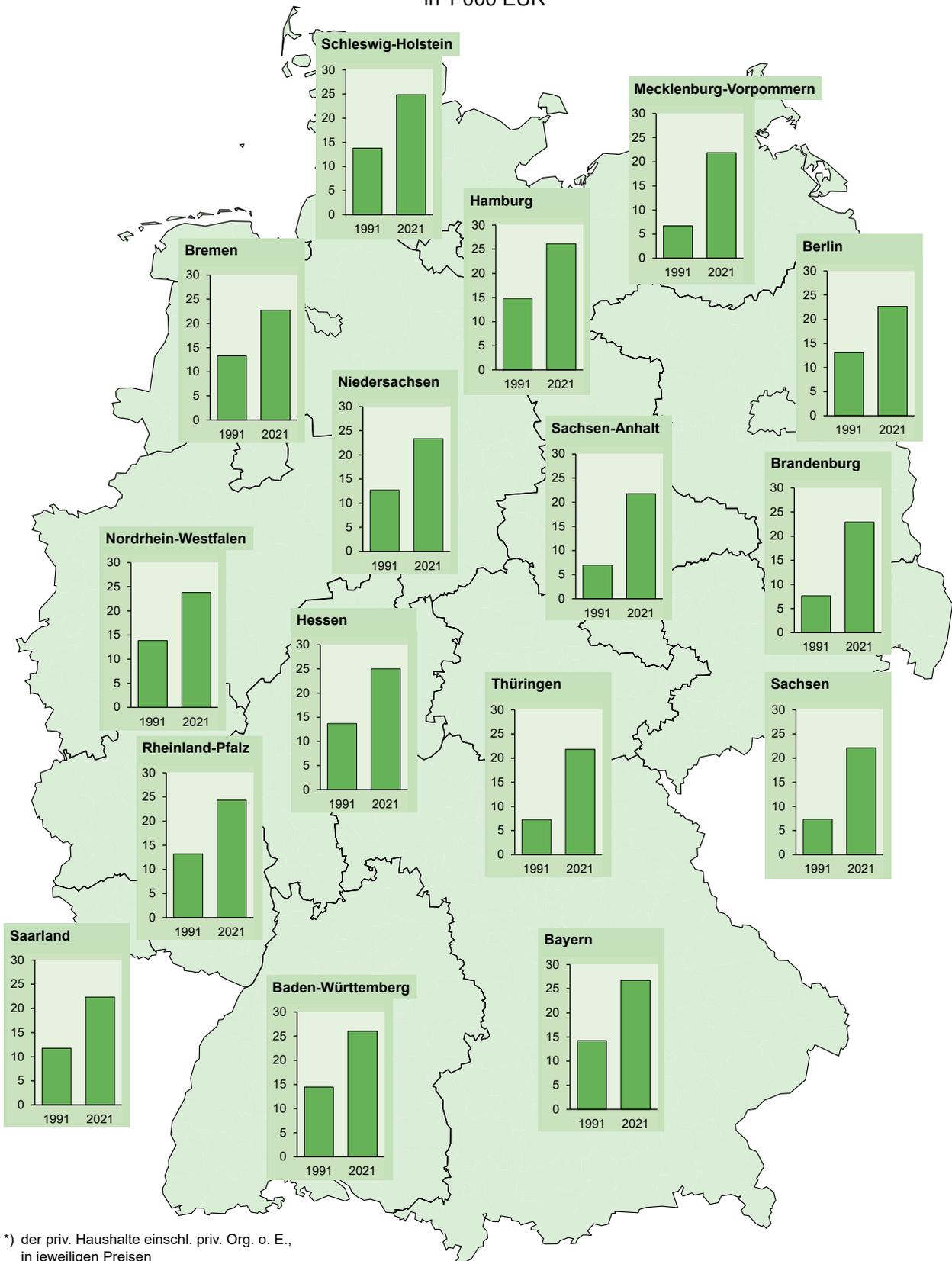
Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

Primäreinkommen

+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
-	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
-	geleistete Sozialbeiträge
-	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

Verfügbares Einkommen*) je Einwohnerin bzw. Einwohner 2021 gegenüber 1991 nach Bundesländern
in 1 000 EUR



*) der priv. Haushalte einschl. priv. Org. o. E., in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Graphik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) als auch für den Staat berechnet. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Privaten Konsumausgaben erläutert.

In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte (Inländerkonzept) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigenutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN) sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht enthalten in den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind Vorleistungen (z. B. Ausgaben für geschäftliche Zwecke) sowie Bruttoinvestitionen (z. B. Wohnungserwerb). Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwendet werden können (z. B. elektrischer Strom, Personenkraft-

wagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümerinnen und Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise von Vermieterin und Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschaftsbereichs Wohnungsvermietung. In diesen Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.) bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazu zählen der Wert der von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck produzierten Güter (ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die ohne irgendwelche Umwandlungen als soziale Sachleistungen den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Alterssicherungsansprüche einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Die Relation aus Sparen und Verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, das heißt die Ausgaben der inländischen Bevölkerung in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Privaten Konsumausgaben ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Privaten Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandene Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl (EW) der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je EW (z. B. Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

Konsum

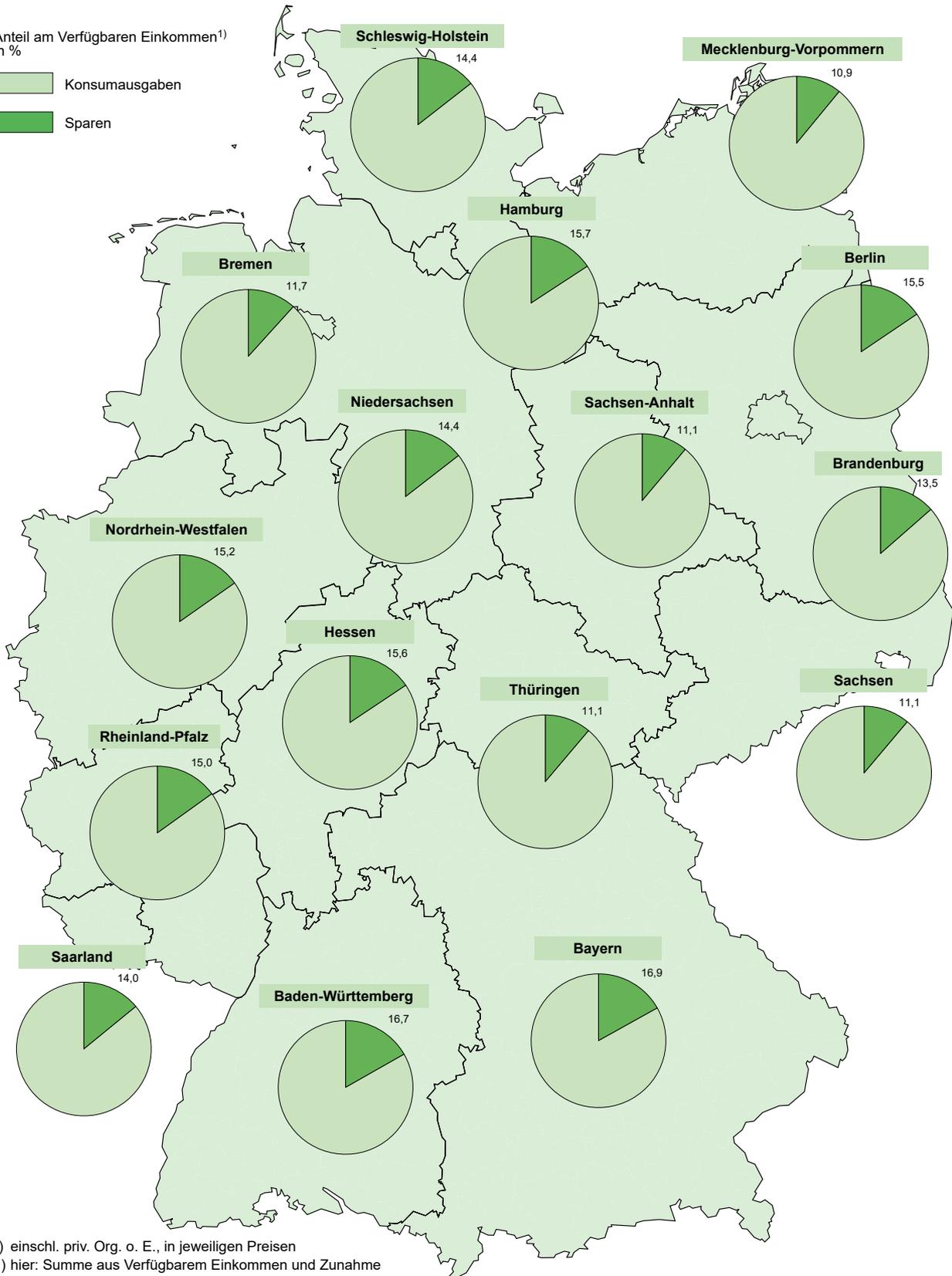
In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte*) 2021 nach Bundesländern

Anteil am Verfügbaren Einkommen¹⁾
in %



*) einschl. priv. Org. o. E., in jeweiligen Preisen

1) hier: Summe aus Verfügbarem Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2022/2023

(Berechnungsstand: August 2022/Februar 2023)

Zeitpunkt	November 2022	Dezember 2022	Januar 2023
Anfang		Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991–2021 –Vorbericht– 	
Mitte		<p>Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter www.vgrdl.de:</p> <ul style="list-style-type: none">  Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei)  Gemeinschaftsveröffentlichungen bzw. Arbeitstabellen (tiefergehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien)  Broschüre bzw. Faltblatt (als PDF-Datei im kostenlosen Download) <p>Hinweise: Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder. Die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (AK ETR).</p>	
Ende	Bruttoanlageinvestitionen Länderergebnisse 1991–2020 		
	Bruttoanlageinvestitionen bis 2020 		

Februar 2023	März 2023	April 2023	Mai 2023
			<p>Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991–2021</p> <p>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991–2021</p>  
			<p>Bruttonationaleinkommen 1991–2021</p>  
<p>Konsumausgaben des Staates 1991–2020</p>  	<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991–2022</p>  <p>Bruttoinlandsprodukt bis 2022</p> 	<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991–2022</p>  <p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter bis 2022</p> 	

Juni 2023	Juli 2023	August 2023	September 2023	Oktober 2023
<p>Faltblatt „Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesländervergleich 2023“</p> 				
				<p>Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 1995–2021</p> 
<p>Private Konsumausgaben Sparen Sparquote bis 2021</p>  <p>Anlagevermögen Länderergebnisse 1991–2020</p>  <p>Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Länderergebnisse 1991–2022</p>  <p>Kapitalstock bis 2020</p> 	<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 1992, 1994–2021</p>  <p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 2000–2021</p> 	<p>Broschüre „Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2023“</p> 	<p>Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2023 (Berechnungsstand August 2023, Veränderungsraten)</p> 	

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711 641 - 24 70
Telefax 0711 641 - 24 01
vgr@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt
für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth
Telefon 0911 98208 - 63 38
Telefax 0911 98208 - 61 15
vgr@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon 0331 8173 - 39 04
vgr@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon 0421 361 - 21 40
Telefax 0421 361 - 64 80
vgr@statistik.bremen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon 0385 588 - 5 60 42
Telefax 0385 509 - 5 69 73
vgr@statistik-mv.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3802 - 8 25
Telefax 0611 3802 - 8 90
vgr@statistik.hessen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon 0431 6895 - 92 33
Telefax 040 427 96 43 47
vgr@statistik-nord.de

Landesamt für Statistik
Niedersachsen
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon 0511 9898 - 16 00
Telefax 0511 9898 - 43 21
vgr@statistik.niedersachsen.de

Information und Technik NRW
Statistisches Landesamt
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 9449 - 29 51
Telefax 0211 44 20 06
vgr@it.nrw.de

LZD – Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon 0681 501 - 59 50
Telefax 0681 501 - 58 74
vgr.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon 02603 71 - 18 60
Telefax 02603 71 - 19 18 60
vgr@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon 03578 33 - 34 00
Telefax 03578 33 - 34 98
akvgr@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06110 Halle
Telefon 0345 2318 - 3 55
Telefax 0345 2318 - 9 23
vgr@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon 0361 57331 - 92 11
Telefax 0361 57331 - 96 17
vgr@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 75 - 24 71
Telefax 0611 75 - 39 52
vgr-entstehung@destatis.de

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt für Wirtschaft u. Kultur
Eberhardstraße 37
70173 Stuttgart
Telefon 0711 216 - 9 85 68
Annette.Hillerich-Sigg@stuttgart.de

Länderübergreifende Datenanfragen, die über den unter www.vgrdl.de dargestellten Umfang an regionalen VGR-Daten hinausgehen, richten Sie bitte an die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter vgr@stala.bwl.de.

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Abteilungen	A*38	A*21	A*10	A*10 mit Zusammenfassungen	A*3
01 bis 03	AA Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
05 bis 09	BA Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
10 bis 12	CA Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung				
13 bis 15	CB Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen				
16 bis 18	CC Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckereizugnissen				
19	CD Kokerei und Mineralölverarbeitung				
20	CE Herstellung von chemischen Erzeugnissen				
21	CF Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen				
22 + 23	CG Herstellung von Gummi-, Kunststoff- und Glaswaren, Keramik u.Ä.				
24 + 25	CH Metallherzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerezeugnissen	C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - F Produzierendes Gewerbe
26	CI Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen				
27	CJ Herstellung von elektrischen Ausstattungen				
28	CK Maschinenbau				
29 + 30	CL Fahrzeugbau				
31 bis 33	CM Herstellung von Möbeln, sonstigen Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen				
35	DA Energieversorgung				
36 bis 39	EA Wasserversorgung; Entsorgung u.Ä.				
41 bis 43	FA Baugewerbe	F Baugewerbe	F Baugewerbe	F Baugewerbe	F Baugewerbe
45 bis 47	GA Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G - I Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	G - J Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	G - J Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation
49 bis 53	HA Verkehr und Lagerei	H Verkehr und Lagerei			
55 + 56	IA Gastgewerbe	I Gastgewerbe			
59 bis 60	JA Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk				
61	JB Telekommunikation				
62 + 63	JC Informationstechnologische Dienstleistungen; Informationsdienstleistungen	J Information und Kommunikation	J Information und Kommunikation	J Information und Kommunikation	
64 bis 66	KA Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	
68	LA Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	
69 bis 71	MA Freiberufliche und technische Dienstleister	M Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	M - N Unternehmensdienstleister	M - N Unternehmensdienstleister	
72	MB Forschung und Entwicklung				
73 bis 75	MC Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister				
77 bis 82	NA Sonstige Unternehmensdienstleister	N Sonstige Unternehmensdienstleister			
84	OA Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	O - Q Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	O - T Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal	G - T Dienstleistungsbereiche
85	PA Erziehung und Unterricht	P Erziehung und Unterricht			
86	QA Gesundheitswesen	Q Gesundheits- und Sozialwesen			
87 + 88	QB Heime und Sozialwesen				
90 bis 93	RA Kunst, Unterhaltung und Erholung	R Kunst, Unterhaltung und Erholung	R - T Kunst, Unterhaltung und Erholung; Sonstige Dienstleister, Private Haushalte mit Hauspersonal		
94 bis 96	SA Sonstige Dienstleister a.n.g.	S Sonstige Dienstleister a.n.g.			
97 + 98	TA Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt			
Gesamte Volkswirtschaft (Summe der Bereiche)					

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt
AG	Arbeitgeberin(nen), Arbeitgeber
AK ETR	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“
AN	Arbeitnehmerin(nen), Arbeitnehmer
AK VGRdL	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
ANE	Arbeitnehmerentgelt
a. n. g.	anderweitig nicht genannt
BAI	Bruttoanlageinvestitionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLG	Bruttolöhne und -gehälter
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BWS	Bruttowertschöpfung
bzw.	beziehungsweise
DESTATIS	Statistisches Bundesamt
einschl.	einschließlich
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
ET	Erwerbstätige, erwerbstätige Person
EU	Europäische Union
EUR	Euro
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EW	Einwohner(innen), Einwohner
FISIM	Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (Financial Intermediation Services, Indirectly Measured)
FuE	Forschung und Entwicklung
GmbE	Gebiete mit besonderen Entwicklungsaufgaben
Kfz	Kraftfahrzeug
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
NUTS	Gebietssystematik für die Statistik (Nomenclature of Territorial Units for Statistics)
priv. Org. o. E.	private Organisationen ohne Erwerbszweck
R-LGR	Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
SNA	Internationales System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (System of National Accounts)
u. a.	unter anderem
u. Ä.	und ähnliche
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WZ	Klassifikation der Wirtschaftszweige
z. B.	zum Beispiel

Tabellenanhang

Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Auszug aus dem Veröffentlichungsprogramm des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Tiefer gegliederte Ergebnisse – nach Wirtschaftsbereichen sowie Kreisergebnisse –
bietet der Arbeitskreis im Internet unter www.vgrdl.de zum kostenlosen Download an.

1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %									
1991
1992	0,7	2,8	3,7	9,0	-1,4	-0,7	1,2	7,8	1,3
1993	-4,1	-1,7	2,9	11,7	-4,1	-0,0	-1,7	9,8	-1,7
1994	1,9	1,6	1,6	10,9	1,4	1,0	0,9	11,0	1,8
1995	1,6	0,9	1,5	7,9	-0,0	0,5	0,9	7,5	-1,0
1996	1,0	1,1	-1,1	4,2	-0,1	2,1	2,0	2,7	-0,1
1997	1,8	2,1	-1,9	2,3	2,6	3,6	1,7	1,5	1,7
1998	2,4	3,6	0,5	1,3	0,6	1,3	1,9	0,3	2,3
1999	2,5	2,8	-0,1	4,1	-0,4	1,6	2,9	2,4	1,5
2000	3,5	4,6	1,5	3,0	4,5	2,4	3,5	0,2	2,9
2001	3,3	2,9	-0,2	0,3	1,9	5,4	2,4	-1,0	-0,2
2002	-0,9	0,8	-2,1	0,0	1,5	0,4	-1,6	0,4	-1,6
2003	-0,2	-1,5	-2,4	-0,0	0,9	-2,3	0,4	-0,2	-0,4
2004	0,3	2,1	-1,1	1,6	-0,1	0,7	0,0	0,6	1,7
2005	0,5	1,3	1,8	0,8	1,1	1,5	0,3	-0,4	1,9
2006	6,4	3,9	3,4	3,5	4,5	1,7	3,2	2,1	4,1
2007	3,7	3,2	3,0	1,5	1,3	2,2	2,5	3,4	2,8
2008	0,4	0,1	3,8	2,0	0,0	3,9	0,6	0,9	1,7
2009	-9,8	-4,2	-1,1	-2,8	-9,5	-4,1	-7,2	-1,2	-5,4
2010	7,8	5,0	2,9	2,9	5,0	0,6	3,0	1,0	5,5
2011	5,2	6,1	3,9	1,0	2,0	0,5	3,6	2,3	4,7
2012	0,7	1,0	-0,2	1,2	3,0	0,5	-0,9	-0,5	0,6
2013	0,7	1,3	0,3	0,5	-1,0	3,0	0,5	0,2	-0,9
2014	2,2	2,4	2,7	3,8	1,2	-0,4	1,7	3,1	2,9
2015	2,5	1,8	3,6	0,9	0,4	2,0	0,5	0,3	-0,6
2016	1,1	2,5	5,1	2,1	1,9	2,1	2,7	1,4	6,0
2017	3,6	3,7	4,3	2,6	1,4	1,8	2,2	4,3	0,9
2018	2,2	0,4	3,5	0,5	-0,2	-0,1	0,5	-1,9	1,2
2019	-0,4	1,8	3,0	1,7	-1,4	3,2	1,5	4,4	2,1
2020	-4,8	-3,7	-2,3	-2,2	-5,0	-4,8	-4,7	-3,3	-3,9
2021	3,2	2,8	3,2	2,4	6,1	3,7	2,4	2,4	0,7
2022	1,4	2,1	4,9	3,3	5,1	4,5	1,6	0,2	1,1

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022/Februar 2023.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

.	1991
1,0	0,7	-0,7	9,5	8,8	1,2	17,0	1,9	1992
-2,3	-3,1	-4,6	12,0	12,8	-1,8	12,9	-1,0	1993
1,2	1,6	2,7	12,3	10,3	0,9	12,2	2,4	1994
1,2	1,1	2,1	8,0	4,1	1,7	3,7	1,5	1995
-0,1	-0,5	-2,6	2,9	3,2	1,1	2,7	0,8	1996
2,0	2,9	1,9	-0,3	2,4	2,1	2,9	1,8	1997
2,0	0,3	2,3	1,2	0,4	0,6	2,3	2,0	1998
1,0	1,9	2,3	1,4	1,3	0,7	2,6	1,9	1999
2,3	2,1	4,4	0,4	1,1	2,4	1,8	2,9	2000
1,2	-1,5	2,0	1,5	-0,7	1,3	0,7	1,7	2001
0,2	0,9	-1,5	2,0	2,3	-1,9	0,1	-0,2	2002
-1,3	-0,4	-0,3	1,1	-0,3	-0,3	1,4	-0,7	2003
1,3	2,4	3,2	1,9	1,0	1,6	1,6	1,2	2004
0,4	-0,2	3,5	-0,5	-0,6	0,2	-0,3	0,7	2005
2,9	3,6	3,1	4,5	3,7	2,8	3,6	3,8	2006
3,6	2,4	2,0	2,8	2,1	1,2	2,3	3,0	2007
1,2	0,3	0,2	-0,2	0,3	2,5	-0,3	1,0	2008
-5,4	-5,0	-10,6	-4,1	-5,5	-3,6	-5,2	-5,7	2009
2,4	5,3	5,1	3,3	4,5	1,0	5,0	4,2	2010
2,8	3,0	4,7	3,5	-0,5	2,9	4,6	3,9	2011
-0,4	1,3	-1,5	0,6	2,6	2,7	-0,0	0,4	2012
0,2	-0,1	-2,5	0,2	-0,7	-0,8	1,3	0,4	2013
2,0	2,1	3,2	3,2	1,1	1,7	3,6	2,2	2014
1,5	2,5	0,3	2,2	0,4	0,8	0,8	1,5	2015
1,2	1,1	-0,5	1,8	1,5	2,3	1,2	2,2	2016
2,5	1,4	1,9	2,3	1,0	2,9	2,0	2,7	2017
1,3	0,1	-0,6	0,7	-0,5	0,4	-0,3	1,0	2018
0,0	0,5	-2,0	1,5	1,6	2,4	-0,1	1,1	2019
-3,1	-3,5	-4,9	-3,5	-2,3	-1,7	-3,0	-3,7	2020
1,7	8,7	1,3	1,9	2,3	1,3	2,0	2,6	2021
1,1	-0,2	1,7	2,6	2,6	1,3	1,5	1,8	2022

2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	242 884	263 313	68 089	19 683	18 853	61 137	150 304	14 312	144 406
1992	255 866	283 121	75 252	24 556	19 427	63 681	158 844	17 634	153 180
1993	253 742	287 952	80 745	29 859	19 358	65 961	161 497	21 113	156 156
1994	262 645	298 303	83 400	34 453	19 979	67 960	165 682	24 462	162 564
1995	271 747	306 797	85 751	37 890	20 392	69 616	170 247	26 726	164 423
1996	276 777	312 206	84 993	39 735	20 436	71 178	174 469	27 685	165 464
1997	282 190	319 866	83 735	40 563	21 087	73 831	178 011	28 134	168 598
1998	291 100	333 718	84 138	41 617	21 354	75 807	181 871	28 289	174 401
1999	300 727	344 292	84 770	43 447	21 397	76 312	189 130	29 057	178 196
2000	308 823	357 900	85 534	44 672	22 290	77 837	193 586	29 253	183 712
2001	323 078	371 890	86 368	45 764	23 073	82 158	200 762	29 686	187 133
2002	325 510	380 498	86 096	46 254	23 657	83 116	201 389	29 882	186 124
2003	329 164	378 244	85 341	46 598	24 273	83 480	206 979	30 070	187 462
2004	333 276	390 718	85 425	47 824	24 446	85 436	209 970	30 438	192 288
2005	335 789	396 416	87 188	48 463	24 848	87 135	211 230	30 457	197 328
2006	357 283	413 508	90 563	50 770	26 077	88 325	218 077	31 448	206 858
2007	377 021	433 669	94 579	52 819	26 985	91 470	226 116	33 055	215 917
2008	381 903	436 940	98 968	54 621	27 325	94 516	229 183	33 877	221 893
2009	353 463	428 198	99 192	53 377	24 897	91 129	219 381	33 583	212 367
2010	382 897	452 128	103 052	55 770	26 358	93 643	226 703	34 651	225 760
2011	405 608	483 475	108 111	57 468	27 245	94 664	236 927	36 160	239 725
2012	414 608	496 512	109 772	58 905	28 517	97 009	237 951	36 421	244 817
2013	425 366	511 943	112 881	60 537	28 824	101 145	243 459	37 627	247 883
2014	442 683	534 066	118 519	63 742	29 798	103 431	253 765	39 407	259 058
2015	463 346	554 688	124 914	65 348	30 494	108 166	260 263	40 070	261 399
2016	474 916	577 717	133 210	67 453	31 360	110 541	271 155	41 089	280 611
2017	497 299	605 752	141 322	70 644	32 389	116 589	280 094	44 183	287 902
2018	516 670	620 277	149 391	72 708	32 929	118 961	286 128	44 332	297 590
2019	525 347	643 982	157 131	76 024	33 177	124 855	295 779	47 571	310 744
2020	509 322	630 530	156 762	75 757	32 166	119 941	288 127	46 942	303 696
2021	538 948	666 388	165 457	80 562	35 151	130 873	303 310	49 871	315 720
2022	572 837	716 784	179 379	88 800	38 698	144 220	323 352	53 440	339 414

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022/Februar 2023.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

379 917	76 346	21 435	36 618	20 503	50 969	17 029	1 585 800	1991
400 435	80 038	22 256	45 533	25 615	53 885	22 738	1 702 060	1992
403 209	79 944	21 922	55 172	31 476	54 916	27 870	1 750 890	1993
414 887	82 936	22 906	63 987	36 204	56 662	32 519	1 829 550	1994
429 245	86 071	23 838	70 361	38 452	58 727	34 328	1 894 610	1995
430 662	86 172	23 255	73 008	40 069	59 664	35 606	1 921 380	1996
440 888	88 827	23 730	72 954	41 026	60 983	36 727	1 961 150	1997
452 910	89 825	24 182	74 098	41 578	61 807	37 725	2 014 420	1998
456 587	91 937	24 566	75 612	42 088	62 417	38 945	2 059 480	1999
465 177	93 617	25 343	75 609	42 470	63 740	39 525	2 109 090	2000
475 513	93 851	25 899	78 042	43 108	65 653	40 562	2 172 540	2001
482 970	95 725	25 852	80 675	44 511	64 774	41 087	2 198 120	2002
483 034	96 358	26 107	82 339	44 756	65 472	41 894	2 211 570	2003
496 191	99 310	27 244	84 603	45 628	66 894	42 830	2 262 520	2004
501 286	99 566	28 542	84 381	45 599	67 269	42 813	2 288 310	2005
518 563	103 467	29 768	88 686	47 699	69 368	44 619	2 385 080	2006
548 742	107 936	31 138	92 657	49 846	71 052	46 548	2 499 550	2007
561 833	109 464	31 492	93 577	50 592	73 298	47 011	2 546 490	2008
539 918	106 163	28 517	90 848	48 316	71 275	45 106	2 445 730	2009
554 213	112 475	30 049	94 818	51 120	72 935	47 829	2 564 400	2010
577 123	117 323	31 790	99 403	51 983	75 930	50 625	2 693 560	2011
582 710	120 490	32 018	101 330	54 120	78 768	51 363	2 745 310	2012
594 356	123 016	31 716	104 139	55 049	80 007	53 401	2 811 350	2013
617 470	127 528	33 254	109 328	56 318	82 868	56 197	2 927 430	2014
637 270	132 924	34 039	113 588	57 396	84 799	57 476	3 026 180	2015
653 375	136 301	34 264	117 237	58 991	87 512	59 008	3 134 740	2016
678 970	140 117	35 347	121 844	60 909	92 620	61 180	3 267 160	2017
703 065	143 060	35 871	125 180	62 039	95 008	62 240	3 365 450	2018
717 359	146 985	35 855	130 348	64 692	99 607	63 803	3 473 260	2019
707 186	144 558	34 628	128 679	64 198	99 696	63 241	3 405 430	2020
742 818	162 169	36 112	134 984	68 253	104 709	66 424	3 601 750	2021
793 790	171 699	38 505	146 511	75 436	112 755	71 430	3 867 050	2022

3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätige Person (Inlandskonzept) in EUR

1991	46 939	43 456	39 912	16 526	47 389	59 770	50 811	17 115	43 750
1992	48 917	46 121	44 831	23 095	48 243	61 313	52 978	23 428	45 742
1993	49 275	47 301	48 329	28 947	48 668	63 848	54 362	28 589	46 879
1994	51 455	49 005	50 246	32 397	50 767	65 900	56 051	32 110	48 648
1995	53 113	50 364	51 616	34 798	52 980	68 235	57 674	34 075	48 680
1996	53 719	51 341	51 970	36 540	53 836	70 216	58 831	35 648	48 972
1997	54 473	52 535	52 298	37 303	55 314	73 284	60 105	36 838	49 804
1998	55 425	53 724	52 953	38 428	56 307	74 459	60 812	37 196	51 126
1999	56 293	54 446	53 405	39 921	55 912	73 994	62 212	37 880	51 157
2000	56 055	55 395	52 858	40 976	56 588	74 042	62 035	38 154	51 301
2001	58 142	57 237	54 024	43 004	58 390	77 627	64 131	39 646	52 491
2002	58 556	58 729	54 782	44 338	59 994	79 107	64 558	40 428	52 179
2003	59 772	59 101	55 101	45 361	62 050	80 353	67 261	41 441	52 830
2004	60 366	61 039	54 857	46 437	62 233	81 998	68 108	42 062	53 891
2005	60 745	61 728	55 994	47 435	63 393	82 926	68 728	42 204	55 520
2006	64 220	63 824	57 253	49 423	65 688	83 167	70 666	43 180	57 811
2007	66 616	65 722	58 584	50 409	66 871	84 166	72 328	44 568	59 304
2008	66 388	65 169	60 133	51 364	67 219	84 781	72 482	45 316	60 125
2009	61 810	63 625	59 277	49 545	61 646	80 574	69 117	44 609	57 056
2010	66 939	66 678	60 912	51 541	65 330	82 115	71 318	46 308	60 351
2011	69 901	70 052	63 330	53 135	66 599	81 832	73 590	49 038	63 035
2012	70 413	70 775	62 911	54 347	68 669	82 343	73 067	49 866	63 449
2013	71 332	72 113	63 462	55 913	69 203	84 755	74 419	51 606	63 660
2014	73 293	74 366	65 397	58 824	71 344	86 028	76 739	53 530	65 981
2015	76 076	76 089	67 480	60 190	72 899	89 277	77 888	54 226	66 023
2016	77 005	77 976	70 025	61 381	74 319	89 509	80 104	55 473	69 942
2017	79 537	80 517	71 905	63 401	75 810	92 846	81 277	58 889	70 992
2018	81 508	81 073	73 935	64 635	75 561	93 392	81 799	58 541	72 384
2019	82 437	83 275	75 836	67 243	75 646	96 492	83 752	62 401	74 857
2020	80 721	82 068	75 865	67 442	74 042	92 834	82 220	62 095	73 804
2021	85 429	86 684	79 182	71 125	80 835	101 308	86 485	65 865	76 670
2022	89 729	91 958	83 032	77 626	87 752	109 266	91 013	70 146	81 454

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022/Februar 2023.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätige Person (Inlandskonzept) in EUR

47 063	45 338	44 281	16 224	16 044	41 736	13 871	40 796	1991
49 158	47 226	45 810	23 128	22 588	43 742	21 722	44 371	1992
50 166	47 704	45 835	28 909	28 437	44 959	27 215	46 243	1993
52 119	49 483	48 019	32 581	32 031	46 432	30 912	48 300	1994
54 101	51 021	49 632	34 825	33 464	47 822	32 205	49 803	1995
54 024	50 824	48 219	36 129	35 471	48 369	33 808	50 487	1996
54 927	52 299	49 202	36 588	37 046	49 513	35 224	51 555	1997
55 338	52 082	49 263	37 173	37 642	50 019	35 391	52 329	1998
54 580	52 248	48 760	37 688	38 473	49 628	35 818	52 645	1999
53 992	51 780	48 965	37 766	39 616	49 663	36 592	52 766	2000
55 442	51 860	50 292	39 892	41 313	51 085	38 347	54 506	2001
56 555	52 644	50 369	41 702	43 406	50 788	39 665	55 416	2002
57 145	53 454	51 121	42 773	44 179	52 122	41 386	56 364	2003
58 384	54 573	52 960	43 937	45 143	53 246	42 072	57 480	2004
59 086	54 608	55 299	44 235	45 736	53 683	42 415	58 210	2005
60 831	56 320	57 768	45 996	47 342	54 955	43 869	60 237	2006
63 331	57 580	60 234	47 348	48 767	55 407	44 976	62 067	2007
63 944	57 482	60 583	47 548	49 147	56 368	45 122	62 356	2008
61 548	55 781	55 141	46 363	47 112	54 588	43 517	59 793	2009
63 067	59 040	57 853	48 116	49 789	55 788	45 782	62 473	2010
64 783	60 948	60 536	50 338	50 863	57 500	48 248	64 836	2011
64 775	62 096	60 914	50 891	53 223	59 305	48 930	65 335	2012
65 622	63 092	60 795	51 996	54 414	59 968	51 127	66 384	2013
67 644	64 898	63 782	54 401	55 967	61 714	53 983	68 524	2014
69 093	67 025	65 063	56 642	57 233	62 528	55 217	70 177	2015
70 115	68 161	64 838	57 989	58 782	63 622	56 672	71 797	2016
72 027	69 551	66 401	59 649	60 616	66 403	58 546	73 832	2017
73 556	70 417	67 047	60 740	61 759	67 072	59 399	75 011	2018
74 318	71 835	67 010	62 899	64 350	69 464	61 029	76 711	2019
73 842	71 504	65 887	62 581	64 584	69 699	61 627	75 819	2020
77 379	80 139	69 179	65 682	68 729	72 735	65 158	80 074	2021
81 608	83 935	73 438	70 722	75 839	77 404	69 717	84 860	2022

4. Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inlandskonzept)									
1991	127 795	137 447	37 847	15 369	10 222	29 054	75 975	10 479	73 547
1992	137 647	150 288	41 334	17 565	10 847	31 421	82 542	11 886	79 720
1993	137 080	153 562	43 887	19 568	10 952	31 979	84 108	13 259	80 958
1994	139 242	157 668	44 982	21 527	11 020	32 628	85 602	14 606	82 233
1995	144 216	162 622	46 430	23 301	11 151	33 061	88 254	15 864	85 444
1996	145 848	163 970	46 167	23 696	11 096	33 184	89 057	15 987	86 023
1997	147 176	165 451	45 351	23 753	11 108	33 161	88 981	15 834	86 668
1998	151 175	171 012	45 798	23 795	11 231	33 728	90 903	15 929	88 451
1999	157 031	176 808	46 066	24 268	11 455	34 300	93 759	16 338	91 076
2000	165 814	185 614	47 182	24 568	11 719	35 475	98 681	16 498	95 054
2001	170 838	191 123	47 131	24 429	11 983	36 444	101 100	16 370	96 006
2002	173 065	193 176	46 709	24 283	11 961	36 495	102 305	16 343	96 471
2003	174 845	193 791	46 104	24 037	12 168	36 463	103 188	16 250	97 460
2004	175 487	194 847	46 024	24 024	12 137	36 653	103 069	16 193	97 468
2005	176 397	195 891	45 670	23 877	12 184	37 334	102 929	16 162	96 213
2006	180 914	200 295	46 175	24 208	12 540	38 065	105 266	16 291	98 839
2007	186 471	207 722	47 395	25 072	12 883	39 245	109 040	16 817	100 851
2008	193 383	216 816	49 213	25 967	13 415	41 133	113 959	17 328	104 154
2009	190 273	216 848	50 450	26 585	13 444	42 209	113 600	17 790	106 364
2010	196 903	225 034	52 250	27 387	13 697	42 862	115 608	18 166	109 572
2011	206 590	236 189	54 629	28 383	14 281	44 470	120 499	18 684	114 800
2012	216 019	247 428	56 658	28 998	14 793	46 672	124 296	19 295	119 388
2013	223 563	256 052	58 605	29 864	15 343	48 702	127 200	19 628	123 285
2014	231 810	267 447	61 718	30 882	15 787	50 457	132 178	20 347	128 748
2015	240 974	280 046	65 501	32 248	16 247	52 382	136 964	21 340	133 827
2016	250 358	292 554	69 302	33 430	16 910	54 770	141 815	22 158	138 913
2017	261 719	306 050	74 575	35 073	17 648	56 861	148 247	23 082	143 924
2018	272 446	319 313	79 529	36 625	18 380	59 451	155 071	24 189	151 232
2019	283 076	334 955	85 685	38 274	18 986	62 947	161 883	25 490	158 252
2020	278 149	333 471	87 998	38 861	18 715	63 044	160 702	25 797	157 909
2021	287 726	345 191	94 104	40 639	19 224	65 433	166 155	26 693	162 072
2022	299 947	365 858	103 579	43 478	20 279	70 674	175 615	28 544	169 671

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022/Februar 2023.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inlandskonzept)

201 439	38 034	11 579	28 286	15 693	25 770	14 923	853 459	1991
216 396	41 158	12 399	31 483	17 756	27 863	16 122	926 427	1992
218 408	41 683	12 465	34 814	19 918	28 352	17 863	948 855	1993
220 959	42 841	12 677	38 270	21 779	29 175	19 455	974 663	1994
227 259	44 363	13 030	41 908	23 430	30 266	20 788	1 011 385	1995
229 789	44 888	13 119	42 668	23 471	30 667	21 031	1 020 661	1996
231 822	45 178	13 126	42 217	23 134	30 742	21 036	1 024 739	1997
237 032	46 176	13 484	42 403	23 216	30 884	21 669	1 046 887	1998
243 605	47 326	13 931	43 309	23 424	31 730	22 659	1 077 083	1999
253 281	49 471	14 611	43 733	23 004	32 818	22 824	1 120 347	2000
255 273	50 085	15 073	43 597	22 759	33 301	22 858	1 138 370	2001
256 453	50 451	14 877	43 510	22 686	33 446	22 838	1 145 070	2002
255 889	50 806	14 956	43 929	22 648	33 356	22 826	1 148 715	2003
257 102	51 099	15 176	44 115	22 708	33 098	23 097	1 152 296	2004
256 287	50 900	15 164	43 458	22 435	32 899	22 961	1 150 761	2005
257 443	51 684	15 272	44 426	22 832	33 090	23 387	1 170 728	2006
262 924	52 990	15 570	45 896	23 332	33 994	24 079	1 204 279	2007
273 076	54 655	15 693	47 685	24 336	34 951	24 945	1 250 708	2008
274 984	55 409	15 452	48 134	24 982	35 414	24 974	1 256 914	2009
281 797	56 638	16 116	49 895	25 810	36 090	25 781	1 293 606	2010
293 895	58 545	16 791	51 594	26 556	37 255	26 682	1 349 842	2011
305 485	60 549	17 058	53 485	27 391	38 358	27 639	1 403 513	2012
310 930	62 867	17 417	55 208	27 787	39 346	28 374	1 444 171	2013
323 780	64 950	17 776	57 330	28 683	40 462	29 414	1 501 769	2014
334 697	67 237	18 156	60 135	29 709	41 927	30 587	1 561 976	2015
345 990	69 313	18 622	62 692	30 684	43 632	31 585	1 622 728	2016
359 324	71 630	19 179	65 394	31 824	45 587	32 980	1 693 096	2017
377 157	74 421	19 903	68 421	32 939	48 039	34 148	1 771 262	2018
393 939	77 603	20 368	72 023	34 149	50 373	35 271	1 853 274	2019
393 339	77 466	19 917	72 805	34 579	51 011	35 028	1 848 790	2020
406 178	79 874	20 338	75 248	35 782	52 957	36 095	1 913 709	2021
428 528	84 772	21 260	80 214	37 924	56 346	38 615	2 025 303	2022

5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in EUR (Inlandskonzept)									
1991	27 383	26 060	23 939	13 578	27 267	30 789	28 340	13 094	24 937
1992	29 158	28 047	26 731	17 697	28 675	32 877	30 379	16 765	26 565
1993	29 591	28 918	28 677	20 463	29 477	33 792	31 305	19 241	27 143
1994	30 400	29 708	29 821	21 913	30 088	34 604	32 071	20 665	27 503
1995	31 462	30 660	30 890	23 177	31 169	35 489	33 200	21 810	28 270
1996	31 647	31 027	31 383	23 667	31 451	35 907	33 456	22 251	28 498
1997	31 805	31 285	31 635	23 832	31 314	36 242	33 591	22 437	28 664
1998	32 153	31 647	32 215	24 095	31 797	36 628	34 003	22 672	28 980
1999	32 744	32 076	32 404	24 612	32 248	36 823	34 417	23 089	29 141
2000	33 439	32 793	32 594	25 030	32 055	37 330	35 171	23 375	29 476
2001	34 164	33 483	33 046	25 646	32 763	38 141	35 931	23 905	29 924
2002	34 618	33 932	33 440	26 069	32 888	38 580	36 525	24 335	30 099
2003	35 386	34 532	33 787	26 319	33 887	39 076	37 470	24 810	30 657
2004	35 503	34 805	33 845	26 400	33 976	39 190	37 476	24 922	30 559
2005	35 719	34 943	33 872	26 716	34 469	39 587	37 651	25 132	30 392
2006	36 422	35 405	33 785	26 962	34 970	40 074	38 342	25 163	31 028
2007	36 861	35 996	33 913	27 342	35 163	40 471	39 051	25 482	31 084
2008	37 546	36 935	34 520	27 969	36 084	41 260	40 219	26 047	31 595
2009	37 160	36 782	34 922	28 311	36 366	41 734	40 073	26 612	31 974
2010	38 419	37 856	35 822	29 007	37 132	42 179	40 778	27 347	32 775
2011	39 677	38 964	37 045	30 001	38 165	43 228	41 890	28 402	33 761
2012	40 837	40 050	37 475	30 534	38 902	44 429	42 660	29 387	34 616
2013	41 705	40 849	37 942	31 373	40 142	45 637	43 400	29 865	35 339
2014	42 659	42 027	39 114	32 337	41 040	46 788	44 485	30 795	36 427
2015	43 863	43 192	40 532	33 768	42 039	48 040	45 478	32 170	37 393
2016	44 841	44 249	41 604	34 605	43 208	49 179	46 347	33 214	38 166
2017	46 099	45 434	43 199	35 653	44 411	50 120	47 438	34 103	39 036
2018	47 213	46 472	44 722	36 786	45 261	51 511	48 755	35 339	40 398
2019	48 652	48 104	46 827	38 194	46 430	53 444	50 292	36 865	41 782
2020	48 209	48 082	48 089	38 966	46 205	53 550	50 264	37 594	41 986
2021	49 767	49 606	50 628	40 239	47 331	55 475	51 821	38 754	42 947
2022	51 154	51 716	53 604	42 520	49 132	58 441	53 946	41 123	44 349

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022/Februar 2023.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in EUR (Inlandskonzept)

27 278	25 622	26 160	13 242	12 912	23 795	12 881	24 172	1991
29 024	27 487	27 791	17 135	16 657	25 400	16 560	26 658	1992
29 764	28 091	28 379	19 744	19 274	26 086	18 934	27 749	1993
30 476	28 849	29 035	21 149	20 731	26 944	20 187	28 556	1994
31 452	29 662	29 706	22 502	21 977	27 804	21 331	29 534	1995
31 685	29 812	29 890	22 919	22 446	28 074	21 841	29 843	1996
31 787	29 927	30 004	23 090	22 644	28 223	22 105	30 029	1997
31 892	30 116	30 196	23 294	22 811	28 240	22 310	30 316	1998
32 024	30 200	30 289	23 735	23 262	28 470	22 899	30 661	1999
32 253	30 654	30 771	24 118	23 335	28 835	23 313	31 157	2000
32 677	31 029	31 785	24 655	23 808	29 275	23 948	31 770	2001
33 015	31 135	31 521	24 977	24 264	29 677	24 505	32 161	2002
33 391	31 671	32 049	25 504	24 634	30 102	25 143	32 724	2003
33 474	31 582	32 442	25 768	24 883	29 928	25 349	32 828	2004
33 542	31 473	32 413	25 826	25 065	29 909	25 493	32 945	2005
33 557	31 773	32 702	26 159	25 262	29 830	25 805	33 298	2006
33 709	31 959	33 047	26 547	25 397	30 160	26 103	33 636	2007
34 489	32 463	33 004	27 363	26 198	30 607	26 824	34 399	2008
34 754	32 865	32 729	27 792	26 904	30 842	27 112	34 520	2009
35 563	33 502	33 977	28 670	27 736	31 440	27 852	35 409	2010
36 556	34 204	34 926	29 581	28 665	32 170	28 706	36 465	2011
37 579	35 012	35 412	30 398	29 697	32 924	29 701	37 430	2012
37 977	36 089	36 329	31 140	30 227	33 534	30 534	38 150	2013
39 244	36 935	36 988	32 108	31 385	34 182	31 660	39 250	2014
40 083	37 826	37 656	33 632	32 605	34 994	32 866	40 343	2015
40 889	38 575	38 351	34 683	33 549	35 754	33 778	41 270	2016
41 833	39 444	39 184	35 682	34 622	36 669	34 943	42 351	2017
43 170	40 502	40 394	36 874	35 785	37 964	36 005	43 583	2018
44 532	41 792	41 337	38 470	37 049	39 278	37 249	45 073	2019
44 734	42 145	41 156	39 113	37 893	39 814	37 666	45 248	2020
45 980	43 291	42 252	40 347	39 163	40 926	38 991	46 651	2021
47 765	45 338	43 891	42 577	41 384	42 903	41 418	48 613	2022

6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

1991	24,7	28,1	22,5	41,4	18,1	16,5	21,9	49,5	27,8
1992	24,3	27,4	23,0	44,8	17,5	18,1	21,4	61,6	26,4
1993	23,1	24,6	21,9	49,6	18,3	17,1	20,5	60,2	24,0
1994	21,8	25,3	20,4	51,9	15,4	15,4	18,3	57,6	23,6
1995	20,4	24,8	20,5	46,9	14,6	14,2	18,7	55,0	23,4
1996	20,3	24,4	24,5	48,1	15,7	14,0	17,4	48,1	22,9
1997	19,6	22,9	28,1	45,0	14,9	14,7	18,0	43,7	23,7
1998	20,1	23,7	23,0	43,9	15,9	15,6	18,4	40,5	24,8
1999	20,3	23,5	22,3	40,9	17,9	14,8	18,6	37,4	26,3
2000	21,2	24,3	20,8	37,4	18,1	16,3	18,4	35,3	26,6
2001	21,6	23,0	19,1	30,7	16,9	17,9	18,7	30,2	25,3
2002	20,5	21,7	16,4	27,1	17,0	19,2	17,0	26,2	23,9
2003	19,3	22,4	14,6	24,1	13,3	18,4	16,2	25,4	24,8
2004	19,8	21,3	15,7	23,7	15,4	21,4	16,3	25,0	21,7
2005	19,2	20,4	17,7	23,1	14,2	22,6	17,9	26,9	19,9
2006	20,2	23,7	17,3	23,3	14,9	23,4	17,4	27,6	20,8
2007	20,4	22,9	17,8	21,8	15,1	25,6	18,3	23,0	21,5
2008	21,2	23,2	17,3	22,3	15,3	26,4	20,0	23,7	20,8
2009	20,6	21,5	16,8	19,9	14,4	20,4	16,7	21,0	22,8
2010	19,8	21,6	17,0	20,5	14,8	24,5	17,6	22,2	22,4
2011	20,6	23,2	16,4	20,6	14,4	20,9	19,2	24,2	24,0
2012	21,7	22,9	18,6	22,4	18,7	20,5	17,7	23,6	24,4
2013	20,9	22,7	18,3	21,0	16,3	21,1	17,9	20,6	24,4
2014	20,5	23,0	19,3	21,6	13,8	21,3	17,3	21,5	24,4
2015	20,8	23,1	19,8	22,1	16,8	21,6	17,1	21,9	24,9
2016	21,0	23,0	19,3	23,5	15,8	19,7	18,0	24,1	24,7
2017	21,8	23,5	18,5	23,5	14,0	16,0	18,5	22,9	25,4
2018	23,0	24,4	19,1	24,6	16,1	18,2	18,6	25,5	25,0
2019	23,3	24,4	19,1	24,2	16,6	18,1	18,7	25,9	27,2
2020	23,3	25,3	19,1	25,4	15,4	17,8	20,0	25,7	27,2

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

20,5	23,7	20,7	42,7	42,8	21,7	45,8	24,9	1991
20,2	22,7	20,3	41,6	54,2	22,3	52,5	25,2	1992
18,4	21,9	18,6	39,3	53,4	21,2	55,6	24,1	1993
17,9	22,7	19,6	46,5	54,9	22,1	55,6	24,1	1994
17,1	22,9	20,6	46,1	52,9	22,9	50,2	23,5	1995
17,2	21,2	21,0	45,6	44,9	21,4	39,6	23,0	1996
17,1	21,8	21,2	43,0	41,7	21,8	38,7	22,7	1997
17,7	22,8	24,6	39,0	41,0	23,0	36,8	22,8	1998
19,2	23,2	23,6	36,3	36,7	23,8	38,1	23,0	1999
19,7	23,9	23,4	35,4	33,8	22,8	34,1	23,1	2000
19,0	21,9	18,6	27,2	25,8	20,5	31,7	21,8	2001
17,1	21,8	18,9	23,0	23,1	18,3	26,4	20,1	2002
16,3	19,5	18,8	22,8	22,1	18,1	26,4	19,5	2003
15,7	18,9	15,8	23,2	22,2	17,3	22,4	19,1	2004
16,7	18,7	15,1	21,3	20,5	17,4	23,1	19,1	2005
16,2	19,4	16,2	20,9	19,0	19,8	23,4	19,8	2006
16,3	20,3	16,7	23,8	19,5	19,9	24,1	20,1	2007
16,3	20,2	16,5	22,2	19,6	19,9	26,2	20,3	2008
15,9	20,6	15,0	20,9	21,2	18,6	22,2	19,3	2009
16,0	20,0	18,2	22,6	19,8	21,2	21,3	19,5	2010
16,6	21,1	17,3	23,7	18,9	22,7	22,0	20,4	2011
15,9	20,5	16,9	23,0	19,7	21,5	21,8	20,3	2012
15,8	21,2	17,5	21,2	18,7	18,9	20,0	19,9	2013
16,1	21,4	17,6	20,9	18,3	21,5	20,0	20,0	2014
15,7	20,9	18,1	19,3	18,9	20,6	19,1	20,0	2015
16,1	20,5	17,4	21,2	19,0	23,2	20,9	20,3	2016
16,5	21,0	16,5	20,0	18,8	21,5	19,0	20,4	2017
16,7	22,9	17,6	20,5	18,7	21,3	20,0	21,1	2018
16,5	22,1	19,1	21,7	19,9	22,6	20,3	21,4	2019
16,5	22,2	17,4	21,8	19,2	22,1	20,4	21,6	2020

7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2015 = 100)

1991	66,9	60,9	68,2	.	79,3	59,8	71,0	.	66,4
1992	68,8	63,0	70,4	.	80,6	61,5	73,0	.	68,4
1993	70,5	64,7	72,5	.	82,1	63,0	74,8	.	70,1
1994	72,0	66,4	74,4	.	83,0	64,2	76,2	.	71,7
1995	73,3	68,2	76,2	50,7	83,8	65,2	77,7	55,9	73,3
1996	74,6	69,9	78,6	55,3	84,7	66,1	78,9	60,5	74,7
1997	75,8	71,4	81,5	59,8	85,4	67,2	80,3	64,7	76,2
1998	77,0	73,0	83,5	64,3	86,3	68,5	81,7	68,6	77,9
1999	78,4	74,7	85,4	68,6	87,6	69,6	83,2	72,2	79,8
2000	79,9	76,6	87,0	72,4	88,9	71,0	84,6	75,5	81,7
2001	81,5	78,3	88,3	75,5	90,1	72,8	86,1	78,1	83,5
2002	82,9	79,8	89,1	78,0	91,3	74,6	87,3	80,3	84,9
2003	84,1	81,4	89,6	80,2	91,8	76,4	88,3	82,3	86,4
2004	85,4	82,8	90,1	82,2	92,6	78,7	89,3	84,2	87,5
2005	86,5	84,1	90,9	84,1	93,2	81,2	90,5	86,2	88,3
2006	87,8	85,9	91,6	86,1	94,0	83,8	91,6	88,4	89,3
2007	89,3	87,6	92,5	87,9	94,9	86,9	92,9	90,0	90,4
2008	90,8	89,2	93,4	89,8	95,7	90,1	94,5	91,7	91,3
2009	92,0	90,5	94,1	91,0	96,0	91,5	95,2	92,8	92,3
2010	93,1	91,8	94,8	92,5	96,5	93,9	96,1	94,1	93,3
2011	94,4	93,5	95,5	93,9	96,9	95,2	96,9	95,7	94,5
2012	95,9	95,1	96,5	95,5	98,2	96,3	97,7	97,0	95,9
2013	97,2	96,6	97,4	96,8	98,9	97,6	98,5	97,9	97,2
2014	98,6	98,3	98,6	98,4	99,2	98,8	99,3	99,0	98,6
2015	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2016	101,5	101,8	101,4	101,8	100,7	100,7	101,0	101,3	101,5
2017	103,2	103,7	102,8	103,7	100,9	100,7	102,0	102,6	103,1
2018	105,0	105,7	104,3	105,7	101,6	101,0	103,0	104,0	104,6
2019	106,9	107,6	105,8	107,6	102,2	101,5	104,1	105,6	106,4
2020	108,4	109,5	107,2	109,5	102,5	101,5	105,1	107,0	108,0

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2015 = 100)

74,7	69,2	77,8	.	.	72,2	.	64,4	1991
76,6	70,8	79,3	.	.	73,8	.	66,5	1992
78,0	72,2	80,5	.	.	75,2	.	68,4	1993
79,5	73,8	81,8	.	.	76,8	.	70,3	1994
80,8	75,5	83,3	55,8	60,2	78,5	54,1	72,2	1995
82,0	76,8	84,7	60,6	65,1	80,0	58,0	74,0	1996
83,2	78,3	86,1	65,3	69,7	81,5	61,9	75,8	1997
84,5	79,8	88,0	69,4	74,3	83,2	65,7	77,6	1998
86,1	81,5	89,7	73,2	78,4	84,9	69,8	79,5	1999
87,7	83,2	91,4	76,8	81,9	86,6	73,3	81,4	2000
89,2	84,6	92,5	79,3	84,3	87,9	76,5	83,1	2001
90,3	86,0	93,5	80,0	86,0	88,8	79,0	84,5	2002
91,1	87,0	94,4	82,0	87,9	89,6	81,5	85,8	2003
91,9	87,9	94,9	84,0	89,7	90,3	83,4	87,0	2004
92,8	88,8	95,3	85,6	91,1	91,0	85,2	88,1	2005
93,7	89,8	95,9	87,2	92,4	92,0	87,2	89,4	2006
94,6	90,9	96,7	89,3	93,7	93,0	89,2	90,8	2007
95,5	92,0	97,3	91,0	94,9	94,0	91,5	92,2	2008
96,1	93,0	97,3	92,3	96,1	94,7	92,9	93,2	2009
96,8	94,0	97,9	93,8	97,1	95,7	94,2	94,2	2010
97,6	95,2	98,5	95,6	98,0	96,2	95,7	95,4	2011
98,2	96,3	98,8	97,1	99,0	97,3	97,1	96,6	2012
98,8	97,5	99,2	97,9	98,7	97,9	98,0	97,7	2013
99,4	98,8	99,6	99,1	99,3	99,0	99,1	98,8	2014
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	2015
100,7	101,2	100,3	101,2	100,7	101,4	101,2	101,3	2016
101,5	102,4	100,4	102,2	101,4	102,6	102,0	102,6	2017
102,3	103,8	100,6	103,1	101,9	103,7	102,9	103,9	2018
103,0	105,0	100,9	104,3	102,6	105,0	103,8	105,3	2019
103,5	106,1	100,8	105,2	103,0	106,1	104,5	106,5	2020

8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	60 010	74 020	15 309	8 139	3 413	10 068	32 917	7 081	40 201
1992	62 241	77 581	17 344	11 006	3 396	11 533	34 032	10 863	40 390
1993	58 526	70 781	17 649	14 796	3 547	11 266	33 091	12 702	37 530
1994	57 168	75 419	16 982	17 886	3 073	10 495	30 357	14 088	38 416
1995	55 465	76 017	17 545	17 768	2 987	9 879	31 828	14 697	38 432
1996	56 243	76 221	20 826	19 113	3 209	9 994	30 412	13 321	37 865
1997	55 199	73 206	23 531	18 264	3 147	10 870	32 086	12 283	39 875
1998	58 434	79 129	19 313	18 280	3 405	11 862	33 390	11 460	43 178
1999	61 142	80 935	18 924	17 767	3 840	11 325	35 225	10 878	46 810
2000	65 494	86 877	17 830	16 687	4 032	12 701	35 614	10 334	48 871
2001	69 688	85 685	16 499	14 065	3 905	14 747	37 613	8 959	47 383
2002	66 626	82 507	14 096	12 554	4 025	15 926	34 269	7 844	44 392
2003	63 422	84 549	12 445	11 219	3 228	15 338	33 573	7 624	46 461
2004	66 120	83 333	13 445	11 348	3 768	18 325	34 278	7 619	41 724
2005	64 562	80 981	15 414	11 212	3 540	19 689	37 867	8 188	39 341
2006	72 064	98 004	15 644	11 850	3 887	20 651	37 969	8 671	42 936
2007	76 808	99 478	16 825	11 530	4 069	23 440	41 366	7 611	46 419
2008	80 832	101 165	17 085	12 200	4 182	24 999	45 907	8 042	46 044
2009	72 962	92 137	16 666	10 611	3 593	18 557	36 703	7 069	48 446
2010	75 912	97 662	17 540	11 417	3 904	22 935	39 862	7 696	50 481
2011	83 680	111 949	17 688	11 858	3 925	19 779	45 454	8 752	57 573
2012	89 994	113 784	20 434	13 167	5 328	19 909	42 056	8 586	59 618
2013	88 852	116 009	20 639	12 701	4 689	21 350	43 511	7 747	60 370
2014	90 890	122 925	22 882	13 743	4 114	22 053	43 986	8 463	63 122
2015	96 408	128 382	24 696	14 424	5 131	23 378	44 622	8 791	65 006
2016	99 634	132 587	25 774	15 834	4 968	21 824	48 941	9 885	69 222
2017	108 643	142 398	26 132	16 592	4 537	18 671	51 851	10 096	73 024
2018	118 612	151 338	28 583	17 892	5 314	21 609	53 118	11 295	74 373
2019	122 354	156 810	29 963	18 377	5 499	22 638	55 398	12 342	84 540
2020	118 711	159 226	29 989	19 249	4 952	21 372	57 740	12 080	82 750

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

77 790	18 067	4 440	15 628	8 777	11 065	7 796	394 721	1991
81 087	18 166	4 526	18 933	13 877	12 034	11 929	428 939	1992
74 021	17 536	4 078	21 710	16 818	11 657	15 491	421 198	1993
74 206	18 860	4 498	29 760	19 884	12 500	18 088	441 679	1994
73 354	19 679	4 899	32 411	20 343	13 449	17 221	445 973	1995
74 030	18 237	4 884	33 260	17 978	12 752	14 096	442 442	1996
75 379	19 351	5 035	31 392	17 102	13 269	14 225	444 213	1997
80 298	20 521	5 941	28 915	17 035	14 224	13 867	459 252	1998
87 882	21 350	5 804	27 431	15 460	14 847	14 858	474 477	1999
91 649	22 379	5 923	26 748	14 340	14 557	13 466	487 502	2000
90 506	20 578	4 819	21 238	11 126	13 471	12 858	473 140	2001
82 719	20 893	4 886	18 578	10 268	11 871	10 847	442 301	2002
78 615	18 825	4 896	18 741	9 889	11 881	11 066	431 772	2003
78 095	18 732	4 292	19 590	10 142	11 545	9 582	431 938	2004
83 930	18 581	4 320	17 986	9 364	11 688	9 871	436 534	2005
83 941	20 085	4 825	18 507	9 060	13 761	10 459	472 315	2006
89 533	21 961	5 197	22 007	9 732	14 116	11 232	501 323	2007
91 665	22 103	5 193	20 758	9 913	14 594	12 332	517 013	2008
85 788	21 922	4 284	19 014	10 264	13 225	9 993	471 232	2009
88 538	22 473	5 458	21 440	10 134	15 486	10 208	501 148	2010
95 947	24 789	5 515	23 561	9 837	17 243	11 150	548 701	2011
92 745	24 697	5 408	23 353	10 671	16 955	11 174	557 877	2012
93 807	26 045	5 563	22 103	10 317	15 109	10 688	559 500	2013
99 119	27 250	5 863	22 881	10 312	17 803	11 258	586 665	2014
99 834	27 774	6 151	21 977	10 829	17 437	10 995	605 836	2015
104 999	27 992	5 947	24 850	11 210	20 294	12 338	636 299	2016
112 317	29 461	5 849	24 308	11 460	19 882	11 654	666 876	2017
117 753	32 745	6 306	25 683	11 593	20 245	12 478	708 939	2018
118 445	32 454	6 849	28 282	12 881	22 559	12 970	742 361	2019
116 681	32 063	6 043	28 049	12 313	22 048	12 882	736 147	2020

9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR									
1991	142 938	163 986	44 901	19 515	9 052	24 542	79 276	12 833	94 362
1992	151 347	174 391	47 152	23 765	9 455	25 905	83 801	15 500	100 743
1993	153 258	179 347	49 155	26 778	9 551	26 391	86 280	17 636	103 704
1994	155 600	184 291	49 781	28 704	9 491	26 765	88 151	18 893	106 539
1995	157 738	188 597	52 237	29 431	9 505	27 826	90 640	19 803	108 658
1996	161 457	192 444	51 353	30 929	9 718	28 408	92 576	20 330	110 868
1997	165 178	196 139	50 317	31 601	10 011	29 063	93 617	20 594	112 087
1998	168 138	200 719	49 394	32 341	10 279	29 480	95 385	20 793	112 951
1999	173 373	205 929	50 212	33 500	10 460	30 023	97 676	21 553	116 241
2000	176 165	208 889	50 023	34 207	10 518	30 048	99 051	21 882	117 557
2001	186 424	220 600	51 046	35 565	11 028	31 960	104 609	22 680	123 017
2002	186 711	219 760	50 652	36 079	10 826	31 635	104 557	23 148	122 758
2003	192 242	225 481	50 336	36 553	11 011	34 073	106 242	23 175	125 854
2004	196 118	231 315	51 876	37 237	10 785	33 612	108 149	23 668	126 744
2005	200 864	235 973	52 213	37 909	11 467	35 520	109 332	23 809	129 468
2006	207 129	242 357	53 778	38 765	11 654	36 237	112 712	24 261	132 507
2007	211 239	248 563	54 273	39 454	11 979	36 349	114 241	24 423	134 474
2008	216 099	254 279	55 724	40 384	12 558	36 454	115 861	25 138	137 340
2009	211 178	248 962	56 741	41 191	12 088	35 331	116 089	25 318	138 146
2010	217 678	257 992	57 397	41 397	12 006	36 424	118 980	25 472	140 834
2011	226 795	269 444	59 224	42 560	12 225	37 800	122 844	25 933	146 102
2012	233 242	277 603	60 609	42 853	12 647	38 494	126 091	26 444	150 033
2013	237 070	281 661	62 117	44 011	12 786	39 626	127 394	26 982	152 300
2014	244 648	291 493	63 556	45 014	12 991	39 587	131 509	27 478	156 308
2015	250 586	298 113	66 523	46 082	13 204	41 088	135 712	28 363	160 388
2016	259 308	312 553	68 842	48 034	13 572	43 543	139 964	29 434	164 929
2017	268 838	320 767	73 156	50 742	14 169	44 053	143 899	30 848	170 572
2018	278 530	335 437	76 177	52 790	14 762	46 063	149 314	32 218	177 603
2019	282 589	341 654	78 637	54 651	14 958	46 732	152 200	33 484	182 118
2020	283 178	344 413	80 701	56 742	15 133	47 509	153 842	34 597	184 356
2021	289 390	352 179	83 173	58 111	15 423	48 476	157 496	35 248	187 357

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR

241 123	50 060	12 609	34 721	19 869	36 349	18 801	1 004 937	1991
252 499	53 169	13 427	41 522	23 617	38 275	21 919	1 076 487	1992
259 270	54 502	13 827	46 703	26 864	39 147	24 674	1 117 087	1993
264 352	56 166	14 214	50 157	28 981	40 058	26 216	1 148 359	1994
268 820	56 764	14 041	52 573	30 303	40 779	27 310	1 175 026	1995
272 757	58 184	14 310	54 483	31 083	41 837	28 230	1 198 965	1996
276 236	58 882	14 350	54 781	31 226	42 321	28 591	1 214 993	1997
278 736	59 880	14 519	55 363	31 587	42 480	29 409	1 231 455	1998
283 958	61 544	15 044	57 214	32 571	43 477	30 722	1 263 497	1999
286 382	63 087	15 542	57 970	32 704	43 630	31 118	1 278 775	2000
297 381	66 279	16 418	59 960	33 518	45 521	32 265	1 338 270	2001
296 629	66 015	16 258	60 964	33 671	45 626	32 478	1 337 768	2002
304 144	67 634	16 475	62 000	33 997	47 278	32 854	1 369 347	2003
310 242	70 052	17 103	62 833	34 172	47 860	33 317	1 395 083	2004
312 391	71 301	17 300	62 585	34 208	49 141	33 212	1 416 694	2005
316 425	73 379	17 235	64 123	34 772	49 777	34 056	1 449 166	2006
318 559	74 937	17 345	65 258	35 037	50 861	34 510	1 471 502	2007
328 268	75 525	17 676	66 407	35 920	51 860	35 092	1 504 587	2008
320 298	77 115	17 577	67 016	36 436	52 255	35 186	1 490 927	2009
329 286	77 021	17 982	67 971	36 808	52 838	35 482	1 525 566	2010
339 490	79 123	18 494	69 221	37 487	54 670	36 218	1 577 630	2011
344 548	80 746	18 676	70 632	38 109	56 436	36 789	1 613 950	2012
347 820	81 204	18 766	71 917	38 534	57 275	37 500	1 636 963	2013
355 237	82 739	18 750	73 083	39 192	58 494	37 958	1 678 036	2014
364 382	85 719	19 218	75 512	40 152	60 507	38 984	1 724 533	2015
374 917	88 271	19 759	77 997	41 355	62 147	40 261	1 784 885	2016
386 215	90 134	20 376	80 847	42 898	65 265	41 679	1 844 458	2017
403 066	94 101	20 987	83 912	43 980	67 873	43 468	1 920 281	2018
411 012	95 710	21 391	86 237	45 142	69 593	44 433	1 960 541	2019
417 815	98 076	21 523	88 333	46 555	70 778	45 324	1 988 875	2020
426 830	99 963	21 994	89 587	47 287	72 584	46 103	2 031 201	2021

10. Verfügbares Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Verfügbares Einkommen*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR									
1991	14 432	14 238	13 067	7 624	13 265	14 795	13 673	6 729	12 704
1992	15 059	14 945	13 689	9 356	13 822	15 484	14 271	8 260	13 405
1993	15 100	15 208	14 245	10 561	13 978	15 654	14 546	9 527	13 655
1994	15 262	15 539	14 450	11 343	13 959	15 834	14 802	10 304	13 915
1995	15 430	15 826	15 211	11 630	14 025	16 475	15 178	10 868	14 085
1996	15 736	16 077	15 023	12 191	14 372	16 847	15 454	11 212	14 293
1997	16 060	16 346	14 860	12 391	14 880	17 291	15 612	11 415	14 403
1998	16 328	16 708	14 761	12 605	15 401	17 623	15 909	11 593	14 480
1999	16 794	17 090	15 139	12 999	15 811	17 990	16 276	12 088	14 864
2000	17 006	17 244	15 164	13 255	16 004	17 966	16 473	12 362	14 989
2001	17 911	18 092	15 514	13 815	16 835	19 031	17 374	12 931	15 643
2002	17 844	17 919	15 414	14 080	16 514	18 808	17 345	13 328	15 573
2003	18 315	18 326	15 360	14 328	16 763	20 260	17 622	13 462	15 944
2004	18 657	18 768	15 884	14 651	16 417	20 000	17 944	13 861	16 051
2005	19 092	19 122	16 014	14 971	17 463	21 129	18 151	14 058	16 409
2006	19 691	19 612	16 497	15 382	17 750	21 484	18 762	14 447	16 827
2007	20 092	20 084	16 642	15 741	18 261	21 429	19 063	14 677	17 113
2008	20 569	20 535	17 063	16 207	19 189	21 429	19 365	15 254	17 530
2009	20 130	20 126	17 355	16 624	18 504	20 798	19 436	15 511	17 695
2010	20 770	20 852	17 530	16 785	18 409	21 404	19 932	15 724	18 086
2011	21 609	21 706	17 935	17 320	18 755	22 080	20 537	16 099	18 788
2012	22 128	22 241	18 089	17 481	19 354	22 299	20 997	16 490	19 293
2013	22 365	22 422	18 278	17 968	19 489	22 770	21 123	16 881	19 564
2014	22 920	23 047	18 444	18 346	19 694	22 563	21 667	17 197	20 017
2015	23 206	23 349	19 034	18 646	19 806	23 147	22 121	17 663	20 362
2016	23 755	24 253	19 406	19 293	20 103	24 205	22 594	18 265	20 782
2017	24 467	24 743	20 354	20 302	20 840	24 198	23 105	19 149	21 444
2018	25 214	25 730	20 990	21 049	21 645	25 091	23 873	20 006	22 277
2019	25 493	26 079	21 502	21 713	21 930	25 340	24 248	20 812	22 799
2020	25 508	26 226	22 009	22 459	22 232	25 682	24 456	21 496	23 049
2021	26 039	26 764	22 658	22 928	22 738	26 158	25 023	21 880	23 375

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR

13 841	13 201	11 735	7 357	6 977	13 789	7 257	12 566	1991
14 372	13 809	12 443	8 923	8 412	14 388	8 576	13 373	1992
14 668	13 967	12 780	10 122	9 653	14 603	9 736	13 800	1993
14 911	14 267	13 147	10 948	10 493	14 876	10 410	14 152	1994
15 119	14 326	12 998	11 538	11 057	15 070	10 917	14 452	1995
15 297	14 596	13 256	12 020	11 423	15 375	11 354	14 717	1996
15 469	14 699	13 325	12 157	11 563	15 473	11 568	14 906	1997
15 610	14 905	13 555	12 375	11 813	15 473	11 977	15 120	1998
15 905	15 296	14 117	12 891	12 312	15 785	12 596	15 518	1999
16 038	15 663	14 632	13 169	12 511	15 781	12 851	15 699	2000
16 644	16 420	15 504	13 753	13 002	16 394	13 441	16 417	2001
16 584	16 310	15 391	14 121	13 243	16 361	13 653	16 399	2002
17 005	16 691	15 644	14 480	13 535	16 905	13 935	16 792	2003
17 360	17 283	16 318	14 780	13 764	17 085	14 254	17 127	2004
17 505	17 593	16 606	14 819	13 939	17 521	14 340	17 418	2005
17 768	18 126	16 661	15 281	14 333	17 740	14 858	17 853	2006
17 933	18 543	16 891	15 666	14 625	18 121	15 219	18 168	2007
18 545	18 747	17 335	16 067	15 195	18 486	15 639	18 630	2008
18 173	19 223	17 370	16 331	15 611	18 655	15 834	18 525	2009
18 745	19 261	17 896	16 668	15 942	18 872	16 101	19 002	2010
19 350	19 820	18 496	17 049	16 391	19 517	16 549	19 653	2011
19 633	20 236	18 749	17 431	16 802	20 124	16 907	20 068	2012
19 804	20 340	18 908	17 765	17 111	20 374	17 316	20 298	2013
20 178	20 669	18 942	18 042	17 496	20 717	17 583	20 721	2014
20 526	21 259	19 367	18 553	17 921	21 269	18 017	21 112	2015
20 971	21 745	19 836	19 101	18 455	21 652	18 601	21 675	2016
21 575	22 147	20 469	19 808	19 240	22 615	19 344	22 315	2017
22 490	23 068	21 149	20 569	19 849	23 459	20 244	23 162	2018
22 910	23 405	21 635	21 163	20 505	23 995	20 780	23 595	2019
23 294	23 944	21 841	21 733	21 280	24 345	21 311	23 916	2020
23 812	24 367	22 370	22 120	21 741	24 888	21 803	24 415	2021

11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Private Konsumausgaben*) in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	124 730	143 063	39 868	18 156	8 113	21 609	69 248	12 020	83 478
1992	132 514	152 562	41 807	21 674	8 505	22 909	73 412	14 222	89 400
1993	135 045	157 534	43 545	24 123	8 598	23 419	75 980	15 999	92 449
1994	138 452	163 316	44 470	25 851	8 608	24 004	78 281	17 082	95 787
1995	141 317	168 210	47 001	26 610	8 714	25 024	80 757	17 934	98 466
1996	144 686	171 690	46 415	27 990	8 994	25 786	82 774	18 474	100 348
1997	148 737	175 679	45 684	28 721	9 365	26 459	84 198	18 875	102 218
1998	151 995	180 822	45 040	29 322	9 563	26 958	86 252	19 035	103 678
1999	157 431	186 716	46 199	30 679	9 809	27 607	88 833	19 886	107 297
2000	161 879	191 562	46 834	31 828	10 010	27 840	91 102	20 604	110 294
2001	168 834	199 767	47 373	32 765	10 352	29 159	94 792	21 175	113 856
2002	168 571	198 679	47 036	33 367	10 208	28 807	94 625	21 628	113 497
2003	172 912	202 867	46 645	33 780	10 245	30 922	95 867	21 597	115 717
2004	176 128	208 009	47 963	34 183	10 084	30 611	97 488	21 958	116 209
2005	180 718	212 723	48 462	34 853	10 813	32 548	98 831	22 221	119 472
2006	187 217	219 355	50 046	35 670	11 038	33 238	102 053	22 686	123 072
2007	190 682	224 767	50 628	36 313	11 335	33 372	103 478	22 917	125 088
2008	195 162	230 084	52 146	36 957	11 908	33 362	105 378	23 552	128 156
2009	192 499	227 506	53 601	37 974	11 542	32 562	106 304	23 871	129 691
2010	198 625	235 705	54 324	38 179	11 419	33 533	109 087	24 075	132 290
2011	207 228	246 584	56 135	39 421	11 705	35 009	112 727	24 620	137 374
2012	214 100	255 280	57 958	40 049	12 190	36 012	116 132	25 355	141 835
2013	217 945	259 657	59 623	41 351	12 373	37 190	117 758	26 049	144 237
2014	223 166	267 110	60 642	42 228	12 534	37 006	120 989	26 404	147 310
2015	227 758	272 228	63 012	43 103	12 783	38 163	124 582	27 163	150 815
2016	235 244	284 970	64 783	44 783	12 948	40 006	128 224	27 982	155 004
2017	242 489	291 251	68 446	47 115	13 457	40 238	131 089	29 231	159 846
2018	248 367	300 761	70 170	48 734	13 855	41 654	134 980	30 415	164 519
2019	254 301	309 151	72 802	50 806	14 190	42 801	138 519	31 905	170 027
2020	239 900	290 980	69 524	49 131	13 597	40 983	131 477	31 003	160 402
2021	248 251	301 566	72 527	51 182	14 047	42 091	136 961	31 980	165 431

*) Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Private Konsumausgaben*) in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

212 397	44 012	11 301	32 493	18 613	31 982	17 573	888 655	1991
223 702	46 868	12 111	38 196	21 699	33 758	20 159	953 499	1992
230 374	48 493	12 558	42 406	24 399	34 743	22 379	992 046	1993
237 324	50 470	13 023	45 481	26 301	35 785	23 826	1 028 060	1994
242 779	51 350	12 931	47 705	27 608	36 681	24 906	1 057 993	1995
247 155	52 704	13 284	49 729	28 349	37 743	25 823	1 081 943	1996
251 428	53 470	13 399	50 333	28 732	38 425	26 278	1 102 004	1997
255 076	54 619	13 514	50 654	28 942	38 731	26 876	1 121 076	1998
261 442	56 475	14 068	52 772	30 083	39 783	28 290	1 157 371	1999
267 125	58 610	14 759	54 576	30 836	40 342	29 198	1 187 402	2000
273 657	60 758	15 343	55 916	31 285	41 692	29 981	1 226 704	2001
272 576	60 534	15 177	57 048	31 536	41 729	30 253	1 225 271	2002
278 099	61 511	15 330	57 796	31 701	43 100	30 640	1 248 729	2003
283 543	63 622	15 876	58 289	31 784	43 584	30 915	1 270 247	2004
285 958	65 117	16 091	58 285	31 871	44 916	30 895	1 293 777	2005
291 027	67 090	16 118	59 723	32 485	45 583	31 742	1 328 142	2006
293 575	68 614	16 273	60 887	32 744	46 785	32 147	1 349 605	2007
302 835	69 147	16 532	61 855	33 566	47 635	32 551	1 380 826	2008
298 376	71 210	16 539	63 056	34 285	48 382	32 990	1 380 388	2009
306 942	71 014	16 918	64 064	34 698	49 028	33 305	1 413 207	2010
317 598	73 086	17 436	65 608	35 506	50 806	34 094	1 464 938	2011
324 134	75 120	17 734	67 417	36 415	52 778	34 858	1 507 366	2012
328 720	75 802	17 886	68 844	36 857	53 765	35 729	1 533 784	2013
334 031	76 931	17 817	69 681	37 459	54 525	36 066	1 563 899	2014
341 852	79 432	18 180	71 924	38 403	56 505	37 066	1 602 969	2015
349 504	81 474	18 590	74 244	39 660	58 000	38 301	1 653 716	2016
359 415	82 763	19 053	76 757	41 112	60 654	39 548	1 702 465	2017
370 741	85 607	19 405	79 216	41 790	62 221	40 955	1 753 390	2018
381 542	87 693	19 941	82 149	43 255	64 122	42 260	1 805 463	2019
360 646	84 327	18 907	79 253	41 823	61 157	40 407	1 713 517	2020
373 100	87 482	19 499	81 165	42 858	63 937	41 765	1 773 842	2021

12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Private Konsumausgaben*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)

1991	12 594	12 421	11 603	7 093	11 888	13 027	11 944	6 302	11 239
1992	13 185	13 074	12 138	8 533	12 434	13 693	12 502	7 579	11 896
1993	13 306	13 359	12 619	9 514	12 583	13 892	12 809	8 642	12 173
1994	13 580	13 770	12 908	10 216	12 661	14 201	13 144	9 316	12 511
1995	13 823	14 115	13 686	10 515	12 857	14 816	13 523	9 842	12 764
1996	14 102	14 343	13 578	11 032	13 302	15 292	13 818	10 188	12 937
1997	14 461	14 641	13 492	11 262	13 920	15 742	14 041	10 462	13 135
1998	14 761	15 052	13 460	11 428	14 329	16 115	14 385	10 613	13 291
1999	15 250	15 496	13 929	11 904	14 828	16 542	14 802	11 154	13 720
2000	15 627	15 813	14 197	12 333	15 231	16 646	15 151	11 641	14 063
2001	16 221	16 383	14 398	12 727	15 803	17 364	15 743	12 073	14 478
2002	16 111	16 200	14 313	13 021	15 572	17 127	15 698	12 453	14 398
2003	16 474	16 488	14 234	13 241	15 597	18 387	15 901	12 546	14 660
2004	16 756	16 877	14 686	13 449	15 351	18 215	16 175	12 859	14 717
2005	17 177	17 238	14 864	13 765	16 467	19 361	16 408	13 120	15 143
2006	17 798	17 751	15 352	14 154	16 810	19 705	16 988	13 509	15 629
2007	18 137	18 161	15 524	14 488	17 280	19 674	17 267	13 771	15 919
2008	18 576	18 581	15 968	14 831	18 196	19 611	17 613	14 292	16 358
2009	18 349	18 391	16 395	15 326	17 669	19 168	17 798	14 624	16 612
2010	18 952	19 050	16 592	15 480	17 509	19 705	18 275	14 862	16 989
2011	19 745	19 864	16 999	16 043	17 958	20 450	18 846	15 284	17 665
2012	20 312	20 453	17 298	16 337	18 654	20 862	19 339	15 811	18 239
2013	20 560	20 670	17 544	16 882	18 859	21 370	19 526	16 297	18 528
2014	20 908	21 119	17 599	17 211	19 001	21 091	19 933	16 525	18 865
2015	21 092	21 322	18 029	17 441	19 174	21 499	20 307	16 916	19 147
2016	21 551	22 113	18 262	17 987	19 179	22 239	20 699	17 364	19 531
2017	22 069	22 466	19 044	18 851	19 792	22 103	21 048	18 146	20 096
2018	22 484	23 070	19 335	19 432	20 315	22 689	21 581	18 887	20 635
2019	22 941	23 598	19 907	20 186	20 804	23 208	22 068	19 830	21 285
2020	21 609	22 157	18 961	19 447	19 976	22 155	20 901	19 263	20 054
2021	22 337	22 918	19 758	20 194	20 709	22 713	21 760	19 851	20 640

*) Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Private Konsumausgaben*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)

12 192	11 606	10 518	6 885	6 536	12 132	6 783	11 112	1991
12 733	12 173	11 224	8 208	7 729	12 690	7 887	11 845	1992
13 033	12 428	11 607	9 191	8 768	12 960	8 830	12 256	1993
13 387	12 820	12 045	9 927	9 522	13 289	9 461	12 669	1994
13 655	12 959	11 970	10 469	10 073	13 555	9 955	13 012	1995
13 861	13 221	12 306	10 971	10 419	13 871	10 386	13 281	1996
14 080	13 348	12 443	11 170	10 640	14 049	10 632	13 520	1997
14 285	13 595	12 617	11 323	10 824	14 107	10 945	13 765	1998
14 643	14 036	13 201	11 891	11 371	14 443	11 598	14 214	1999
14 960	14 551	13 896	12 398	11 797	14 592	12 059	14 577	2000
15 316	15 052	14 489	12 825	12 136	15 015	12 490	15 048	2001
15 240	14 955	14 368	13 214	12 403	14 964	12 718	15 020	2002
15 549	15 180	14 557	13 498	12 620	15 411	12 996	15 313	2003
15 866	15 697	15 148	13 711	12 803	15 559	13 227	15 594	2004
16 024	16 067	15 445	13 801	12 987	16 015	13 340	15 906	2005
16 342	16 572	15 581	14 232	13 390	16 245	13 849	16 362	2006
16 527	16 978	15 847	14 616	13 668	16 669	14 177	16 663	2007
17 108	17 164	16 213	14 965	14 199	16 980	14 507	17 097	2008
16 929	17 751	16 344	15 366	14 689	17 272	14 846	17 151	2009
17 473	17 758	16 837	15 710	15 028	17 512	15 113	17 603	2010
18 102	18 308	17 438	16 159	15 525	18 137	15 579	18 249	2011
18 470	18 826	17 804	16 637	16 056	18 820	16 019	18 742	2012
18 717	18 987	18 021	17 006	16 367	19 125	16 498	19 019	2013
18 974	19 218	17 999	17 202	16 722	19 312	16 707	19 312	2014
19 257	19 699	18 321	17 671	17 140	19 863	17 131	19 623	2015
19 550	20 070	18 662	18 182	17 698	20 207	17 696	20 082	2016
20 078	20 336	19 141	18 806	18 439	21 018	18 355	20 597	2017
20 686	20 986	19 554	19 417	18 861	21 505	19 074	21 149	2018
21 268	21 444	20 169	20 159	19 648	22 109	19 764	21 728	2019
20 107	20 587	19 186	19 499	19 117	21 035	18 999	20 605	2020
20 814	21 324	19 833	20 041	19 705	21 923	19 751	21 321	2021

13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR									
1991	20 616	23 723	5 558	1 359	1 105	3 336	11 438	814	12 690
1992	21 595	25 035	5 940	2 093	1 138	3 455	12 002	1 280	13 408
1993	20 501	24 472	6 098	2 658	1 107	3 351	11 638	1 639	12 968
1994	19 687	23 929	5 849	2 856	1 052	3 182	11 353	1 813	12 659
1995	19 345	23 796	5 852	2 823	985	3 285	11 591	1 870	12 398
1996	19 232	23 625	5 455	2 948	886	3 027	11 239	1 862	12 381
1997	19 025	23 474	5 194	2 941	815	3 026	10 925	1 762	11 823
1998	19 131	23 382	5 009	3 120	909	3 008	10 873	1 828	11 536
1999	18 919	22 689	4 678	2 959	841	2 898	10 574	1 762	11 200
2000	18 917	22 736	4 260	2 624	795	2 947	10 614	1 446	10 701
2001	21 305	25 173	4 561	3 025	898	3 386	11 934	1 659	11 863
2002	21 910	25 488	4 551	2 974	836	3 415	12 059	1 696	11 948
2003	23 375	27 346	4 729	3 095	992	3 772	12 634	1 793	12 962
2004	23 959	27 951	4 968	3 415	915	3 604	12 855	1 950	13 250
2005	24 707	28 589	4 932	3 468	896	3 660	13 005	1 862	13 091
2006	25 562	29 647	5 194	3 619	915	3 857	13 750	1 920	13 269
2007	26 596	30 937	5 217	3 712	966	3 904	14 065	1 879	13 487
2008	27 813	32 348	5 382	4 087	1 019	4 161	14 243	2 015	13 869
2009	26 079	30 291	5 130	3 957	946	3 940	13 857	1 928	13 553
2010	26 531	31 256	5 106	3 994	992	4 087	14 009	1 896	13 722
2011	27 097	31 918	5 136	3 937	928	3 999	14 240	1 824	13 958
2012	27 274	32 115	4 875	3 681	898	3 791	14 389	1 648	13 848
2013	27 174	31 730	4 713	3 533	849	3 740	14 018	1 490	13 651
2014	29 941	34 602	5 259	3 707	914	3 949	15 111	1 658	14 846
2015	31 492	36 344	5 962	3 935	887	4 331	15 826	1 804	15 546
2016	32 555	37 829	6 496	4 194	1 082	4 930	16 343	2 046	15 749
2017	35 486	40 543	7 373	4 632	1 207	5 320	17 756	2 245	16 968
2018	38 619	44 870	8 494	5 027	1 363	5 802	18 898	2 409	18 841
2019	37 727	43 909	8 648	4 954	1 279	5 502	18 784	2 267	18 523
2020	52 388	64 461	13 918	8 715	2 031	8 053	27 301	4 274	30 192
2021	49 863	61 168	13 289	7 983	1 853	7 852	25 264	3 914	27 917

*) Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet sich aus dem nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR

32 961	6 970	1 569	2 227	1 256	5 008	1 227	131 857	1991
33 626	7 359	1 613	3 331	1 920	5 248	1 762	140 805	1992
32 883	6 888	1 513	4 301	2 467	5 008	2 297	139 790	1993
31 444	6 676	1 461	4 681	2 682	4 944	2 392	136 660	1994
31 127	6 547	1 419	4 872	2 698	4 872	2 406	135 888	1995
29 879	6 436	1 284	4 771	2 744	4 746	2 417	132 932	1996
29 293	6 418	1 221	4 554	2 558	4 584	2 371	129 984	1997
28 840	6 427	1 316	4 885	2 750	4 546	2 630	130 189	1998
27 666	6 230	1 283	4 679	2 629	4 489	2 563	126 059	1999
27 088	6 253	1 246	3 815	2 117	4 496	2 152	122 209	2000
29 866	6 923	1 435	4 428	2 461	4 777	2 498	136 192	2001
30 147	6 881	1 436	4 362	2 397	4 837	2 475	137 410	2002
32 439	7 600	1 514	4 748	2 615	5 164	2 522	147 301	2003
32 831	7 855	1 577	5 152	2 742	5 222	2 749	150 993	2004
33 422	7 814	1 609	4 989	2 738	5 307	2 708	152 797	2005
34 026	8 310	1 610	5 266	2 791	5 539	2 807	158 082	2006
34 225	8 486	1 599	5 312	2 835	5 516	2 897	161 633	2007
35 968	8 839	1 744	5 637	2 980	5 864	3 157	169 127	2008
33 301	8 569	1 684	5 165	2 848	5 660	2 876	159 784	2009
33 853	8 709	1 717	5 173	2 833	5 627	2 888	162 394	2010
33 464	8 746	1 714	4 921	2 717	5 689	2 857	163 146	2011
32 823	8 530	1 645	4 659	2 496	5 623	2 735	161 032	2012
31 325	8 263	1 568	4 516	2 472	5 454	2 568	157 063	2013
33 965	8 791	1 646	4 928	2 568	6 001	2 725	170 610	2014
35 540	9 316	1 759	5 170	2 610	6 073	2 775	179 370	2015
38 115	9 734	1 866	5 312	2 540	6 171	2 801	187 762	2016
40 437	10 516	2 064	5 745	2 679	6 787	3 019	202 776	2017
44 918	11 386	2 263	6 293	3 044	7 659	3 362	223 249	2018
43 540	11 242	2 203	5 900	2 851	7 718	3 127	218 175	2019
70 805	16 861	3 336	10 876	5 682	11 806	5 855	336 553	2020
66 848	15 467	3 183	10 133	5 330	10 751	5 227	316 041	2021

14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Sparquote*) der privaten Haushalte in %									
1991	14,2	14,2	12,2	7,0	12,0	13,4	14,2	6,3	13,2
1992	14,0	14,1	12,4	8,8	11,8	13,1	14,1	8,3	13,0
1993	13,2	13,4	12,3	9,9	11,4	12,5	13,3	9,3	12,3
1994	12,4	12,8	11,6	9,9	10,9	11,7	12,7	9,6	11,7
1995	12,0	12,4	11,1	9,6	10,2	11,6	12,6	9,4	11,2
1996	11,7	12,1	10,5	9,5	9,0	10,5	12,0	9,2	11,0
1997	11,3	11,8	10,2	9,3	8,0	10,3	11,5	8,5	10,4
1998	11,2	11,5	10,0	9,6	8,7	10,0	11,2	8,8	10,0
1999	10,7	10,8	9,2	8,8	7,9	9,5	10,6	8,1	9,5
2000	10,5	10,6	8,3	7,6	7,4	9,6	10,4	6,6	8,8
2001	11,2	11,2	8,8	8,5	8,0	10,4	11,2	7,3	9,4
2002	11,5	11,4	8,8	8,2	7,6	10,6	11,3	7,3	9,5
2003	11,9	11,9	9,2	8,4	8,8	10,9	11,6	7,7	10,1
2004	12,0	11,8	9,4	9,1	8,3	10,5	11,7	8,2	10,2
2005	12,0	11,8	9,2	9,0	7,7	10,1	11,6	7,7	9,9
2006	12,0	11,9	9,4	9,2	7,7	10,4	11,9	7,8	9,7
2007	12,2	12,1	9,3	9,3	7,9	10,5	12,0	7,6	9,7
2008	12,5	12,3	9,4	10,0	7,9	11,1	11,9	7,9	9,8
2009	11,9	11,8	8,7	9,4	7,6	10,8	11,5	7,5	9,5
2010	11,8	11,7	8,6	9,5	8,0	10,9	11,4	7,3	9,4
2011	11,6	11,5	8,4	9,1	7,3	10,3	11,2	6,9	9,2
2012	11,3	11,2	7,8	8,4	6,9	9,5	11,0	6,1	8,9
2013	11,1	10,9	7,3	7,9	6,4	9,1	10,6	5,4	8,6
2014	11,8	11,5	8,0	8,1	6,8	9,6	11,1	5,9	9,2
2015	12,1	11,8	8,6	8,4	6,5	10,2	11,3	6,2	9,3
2016	12,2	11,7	9,1	8,6	7,7	11,0	11,3	6,8	9,2
2017	12,8	12,2	9,7	9,0	8,2	11,7	11,9	7,1	9,6
2018	13,5	13,0	10,8	9,4	9,0	12,2	12,3	7,3	10,3
2019	12,9	12,4	10,6	8,9	8,3	11,4	11,9	6,6	9,8
2020	17,9	18,1	16,7	15,1	13,0	16,4	17,2	12,1	15,8
2021	16,7	16,9	15,5	13,5	11,7	15,7	15,6	10,9	14,4

*) Die Relation aus dem Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Sparquote*) der privaten Haushalte in %

13,4	13,7	12,2	6,4	6,3	13,5	6,5	12,9	1991
13,1	13,6	11,8	8,0	8,1	13,5	8,0	12,9	1992
12,5	12,4	10,8	9,2	9,2	12,6	9,3	12,4	1993
11,7	11,7	10,1	9,3	9,3	12,1	9,1	11,7	1994
11,4	11,3	9,9	9,3	8,9	11,7	8,8	11,4	1995
10,8	10,9	8,8	8,8	8,8	11,2	8,6	10,9	1996
10,4	10,7	8,4	8,3	8,2	10,7	8,3	10,6	1997
10,2	10,5	8,9	8,8	8,7	10,5	8,9	10,4	1998
9,6	9,9	8,4	8,1	8,0	10,1	8,3	9,8	1999
9,2	9,6	7,8	6,5	6,4	10,0	6,9	9,3	2000
9,8	10,2	8,6	7,3	7,3	10,3	7,7	10,0	2001
10,0	10,2	8,6	7,1	7,1	10,4	7,6	10,1	2002
10,4	11,0	9,0	7,6	7,6	10,7	7,6	10,6	2003
10,4	11,0	9,0	8,1	7,9	10,7	8,2	10,6	2004
10,5	10,7	9,1	7,9	7,9	10,6	8,1	10,6	2005
10,5	11,0	9,1	8,1	7,9	10,8	8,1	10,6	2006
10,4	11,0	8,9	8,0	8,0	10,5	8,3	10,7	2007
10,6	11,3	9,5	8,4	8,2	11,0	8,8	10,9	2008
10,0	10,7	9,2	7,6	7,7	10,5	8,0	10,4	2009
9,9	10,9	9,2	7,5	7,5	10,3	8,0	10,3	2010
9,5	10,7	9,0	7,0	7,1	10,1	7,7	10,0	2011
9,2	10,2	8,5	6,5	6,4	9,6	7,3	9,7	2012
8,7	9,8	8,1	6,2	6,3	9,2	6,7	9,3	2013
9,2	10,3	8,5	6,6	6,4	9,9	7,0	9,8	2014
9,4	10,5	8,8	6,7	6,4	9,7	7,0	10,1	2015
9,8	10,7	9,1	6,7	6,0	9,6	6,8	10,2	2016
10,1	11,3	9,8	7,0	6,1	10,1	7,1	10,6	2017
10,8	11,7	10,4	7,4	6,8	11,0	7,6	11,3	2018
10,2	11,4	9,9	6,7	6,2	10,7	6,9	10,8	2019
16,4	16,7	15,0	12,1	12,0	16,2	12,7	16,4	2020
15,2	15,0	14,0	11,1	11,1	14,4	11,1	15,1	2021

Verwaltungsgliederung in Deutschland

Bundesländer, Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen, Kreise (Gebietsstand 2022)



